DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 109. Samstag, 22. Oktober 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 109. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

VOLLE ENERGIE

FÜR DEN WIDERSTAND



Collage: DW/Ute Feuerstacke und Anselm Lenz

Während die Kriegsmaschine rollt wie seit 1945 nicht mehr, Panzer, Schiffe und Raketen Schweröl, Diesel, Kerosin verblasen wie noch nie, behauptet der Apparat, »wir« seien auf dem Weg zum »Klimaschutz«. Doch der ist zu einer kalten Lüge verkommen.

Die Nato sprengte die zivilen Versorgungsleitungen in der Ostsee, um US-Frackinggas »viermal teurer als zum amerikanischen Preis« in Europa verkaufen zu können. Und wie ressourcenschonend waren nochmal die »Erneuerbaren«?

Volle Energie ➲ Seiten 9 und 10

NICHTOHNEUNS.DE

Da ist Musik drin

Preis der Republik geht an Susanne Köhler. | LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz



Samstag auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Die Sonne strahlt, rund Tausend Widerständler sind bereits gekommen, Zehntausende werden es noch werden. Es ist die Woche der Demokratie, organisiert von Berliner Demokraten für die erste Woche im August 2022. Kompetent mit an der Spitze: Susanne Köhler. Natürlich, will man fast schreiben.

Denn seit über zwei Jahren organisiert sie. Sie organisiert fast überall in der Hauptstadt: Wöchentliche Demonstrationen der Initiativen Querdenken-Berlin im *Dark-Winter* 2020/21, sie organisiert politische Konzerte im Mauerpark, Kunstausstellungen und die Film- und Videoproduktion der *Freedom Parade*. Mit *Captain Future* bildet sie nun schon gefühlt eine Ewigkeit ein Team, arbeitsteilig und mehr als produktiv. Unermüdlich sind sie. Und jeder, der sie kennt, weiß: Es wird was, wenn Susanne dabei ist.

Ich parke irgendwo in Pankow in der zweiten Reihe einer sechsspurigen Straße. Ich habe es gerade noch so geschafft, durch die Polizeiabsperrung zu kommen. Kein Auto fährt mehr, denn es ist Montag. Und der Spaziergang der Demokratiebewegung zur geschichtsträchtigen Gethsemanekirche nimmt seinen Lauf – beharrlich und energisch, seit vielen Monaten. Organisiert von: Na klar, Susanne Köhler. Mein Auto steht da, weil Susanne eine *Flyerverteilaktion* angestoßen hat. 150.000 Flugblätter werden aus dem Kofferraum verladen. Wenige Tage später sind sie überall. Die Frau meints ernst. Da geht was. Das weiß das *Telegram*-Starlet Markus H. vielleicht nicht, aber jeder Demokrat, der in Berlin gegen das Corona-Regime aktiv wurde. Und dafür gebührt ihr dieser Preis.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Susanne Köhler. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß.



Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Berlin und DW-Co-Herausgeberin.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser!
Sie stehen mit dem
Demokratischen Widerstand
für die Errungenschaften
der Aufklärung ein.
Für eine selbstbestimmte
Zukunft in Frieden
und Freiheit!
Herzlichst Ihre
Sophia-Maria Antonulas

Sumpf guter Gefühle

EINWURF *von Werner Köhne*

»Die Moral der nächsten Gesellschaft wird darin bestehen, auf die Unanschaulichkeit dieser Gesellschaft mit Augenmaß zu reagieren. Sie sucht nicht mehr das gute Leben, nicht mehr die vollkommene Tugend und auch nicht mehr die mögliche Anklage gegen das eigene Leben (das gute Gewissen), sondern das im Wortsinn einwandfreie Handeln, dem alle Betroffenen, würden sie gefragt, zustimmen könnten.«

Die Sentenz entnehme ich dem Buch »Die Lücke, die der Rechner lässt«, verfasst von dem Soziologen Dirk Becker. Was mich gegen diese Behauptung Einspruch erheben lässt, gründet auf Erfahrung aus fünf Jahrzehnten »moralischen Handelns« im öffentlichen politischen Raum. Da wurde zwar Moralität linguistisch keimfrei definiert, aber die politische Wirklichkeit sagte etwas anderes aus, nämlich dies: Jede universelle Moral erweist sich bei genauerem Hinsehen als eine selektive Moral.

Das alle einem moralischen Urteil »zustimmen« können oder sollen, ist übrigens eine Anmutung, der ich ohnehin nicht zustimmen kann. Hat das wirklich je geklappt mit dem Konsens? Kommunizieren wir uns nicht in einer idealen Sprechsituation à la Habermas zu Tode, ja lassen gar schwüle Ressentiments in uns wachsen. Ich ertappe mich dabei, dass ich mich in der aktuellen Situation – Pandemie und Krieg – klammheimlich nach Realpolitikern und *Deal*-Machern zurücksehne und mir eher mulmig wird, wenn in unseren Tagen die tief moralisch affizierten Grünenpolitiker Habeck und Bärbock das Sagen haben, die nach dem Prinzip einer universellen Moral vorgehen und sich dabei tief im Sumpf ihrer guten Gefühle suhlen.

Beklatscht von einer tumben Mehrheitsgesellschaft: Erst muss der Satan Putin weg, dann hat das Gute gesiegt und wir dürfen wieder zur Tagesordnung der Schweinereien der WW (Westliche Wertegemeinschaft) übergehen. Das ist selektive Moral. Gut geübt darin ist die coronierte Gesellschaft kraft ihres »Meisterstücks« an moralischer (Fehl-)Argumentation: »Der Ungeimpfte will, dass seine Oma stirbt.« Diese Logik toppt nur noch Trapattoni: »Ich habe fertig. Flasche leer.«



CORONA WAR NIE DAS PROBLEM

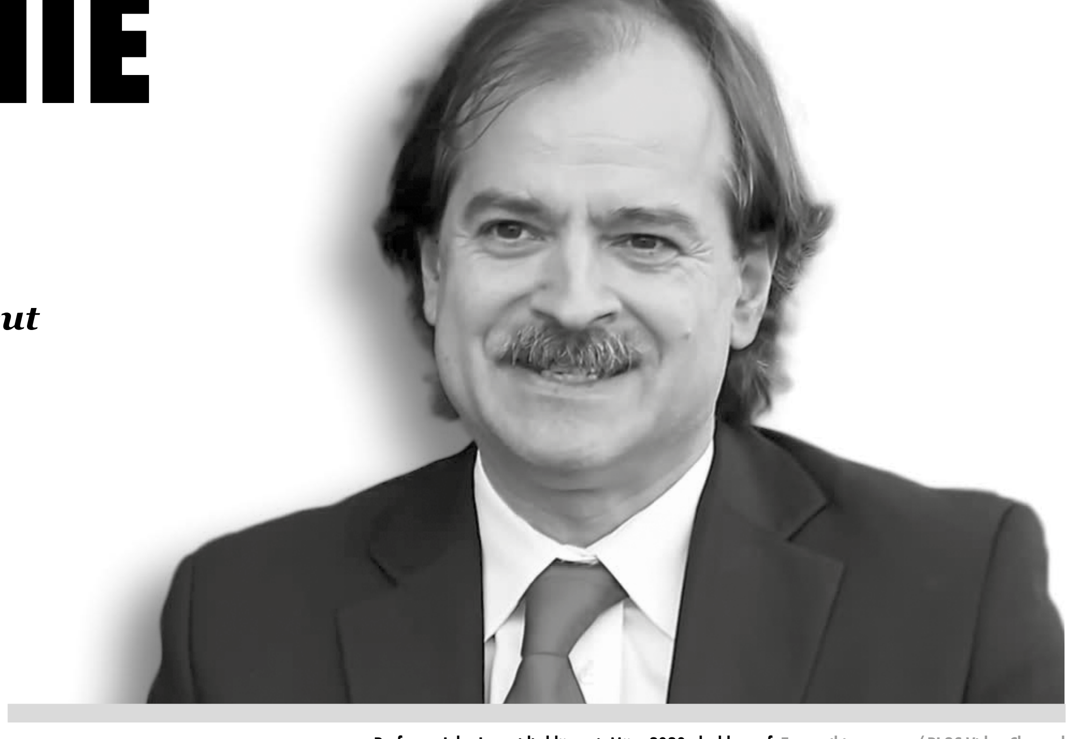
In einer neuen Studie zeigt Professor John Ioannidis erneut die Ungefährlichkeit von Corona auf.

Er gilt als der weltweit renommierteste Epidemiologe und Medizinstatistiker: Professor John Ioannidis. Der griechisch-amerikanische Wissenschaftler forscht und lehrt an der Stanford Universität in den USA.

Bereits im März 2020 widersprach er mit klaren Worten der aufziehenden Panik um den Coronavirus: »Wir treffen Entscheidungen ohne zuverlässige Daten«, schrieb er bereits am 17. März 2020 im statistischen Fachjournal *Stat*. Es sollte über zwei Jahre dauern, bis diese fehlende Datenbasis auch dem Expertenrat der Bundesregierung auffiel, welcher der Maßnahmenpolitik der Bundesregierung ein vernichtendes Zeugnis ausstellen sollte.

Immer wieder wandte sich Professor Ioannidis in den vergangenen Jahren an die Öffentlichkeit, stellte viel zitierte aber politisch ignorierte Studien für die Weltgesundheitsorganisation WHO vor und fühlte sich dazu gedrängt, Anfang 2022 einen Aufruf mit dem eindeutigen Titel zu formulieren: »Rettet die Demokratie!«

Nun wartet er mit einer neuen Studie auf, die am 11. Oktober 2022 auf der Fachseite *medRxiv* als sogenannter *Preprint* (Vorabdruck) erschien. Die Forschungsergebnisse von Ioannidis und Kollegen sind entlarvend: »In 31 systematisch ermittelten nationalen Seroprävalenzstudien aus der Zeit vor der Impfung wurde die mittlere Sterblichkeitsrate bei Covid auf 0,035 Prozent für Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren und 0,095 Prozent für Personen im Alter von 0 bis 69 Jahren geschätzt.«



Professor John Ioannidis klärt seit März 2020 glasklar auf. Foto: wikicommons/ PLOS Video Channel

UND NOCHMAL: ES HAT NIE EINE IMPFUNG GEBRAUCHT!

Das heißt: Schon vor der »Impfung« und auch noch vor der als ungefährlich beschriebenen Omikron-Variante war die Sterblichkeitsrate von Covid-19 für unter 70-Jährige – und das sind laut Ioannidis sind 94 Prozent der Weltbevölkerung – niedriger als die der saisonalen Grippe, deren Sterblichkeitsrate mit 0,1 bis 0,2 Prozent angegeben wird. Zur Erinnerung: Noch im Oktober 2020 behauptete der deutsche Fernsehvirologe Christian Drosten, der den angewendeten PCR-Text erfand und mit seinen Prognosen und Berechnungen maßgeblich die Pandemiepolitik in Deutschland bestimmte, dass die Sterblichkeit von Corona bei rund 1 Prozent liege. Er lag mindestens um das Zehnfache daneben.

Selbst Ioannidis korrigiert sich mit dieser Studie nach unten, worauf das demokratische Internetjournal *tkp.at* hinwies. Im März 2020 prognostizierte Ioannidis die IFR von Covid-19 auf 0,15 Prozent, im Dezember 2020 in dem bekannten WHO-Bulletin auf 0,23 Prozent, später in einer Studie im *European Journal of Clinical Investigation* wieder auf 0,15 Prozent.

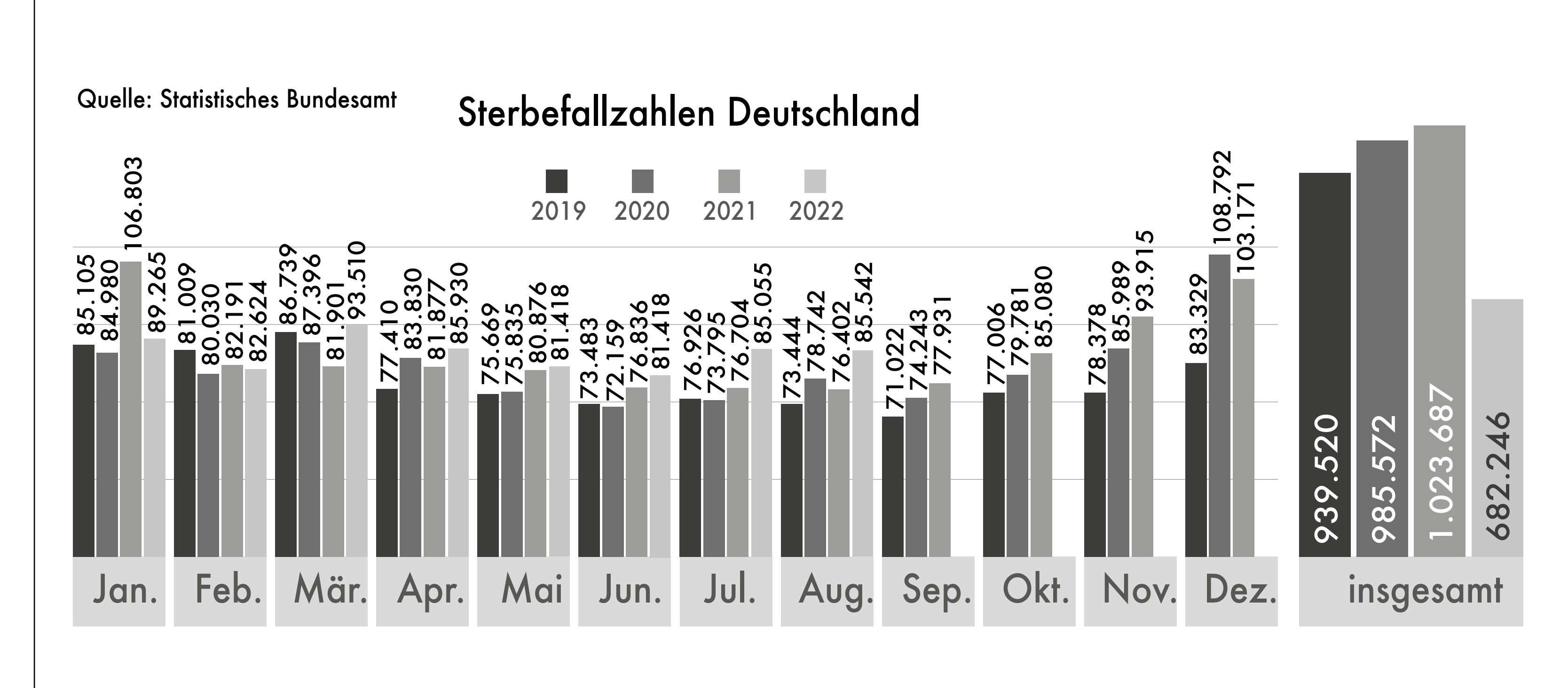
Selbst in der gleichen Altersgruppe bedeutet diese Studie eine erhebliche Korrektur nach unten. Bislang wurde die IFR bei den 45 bis 54-Jährigen in der Regel auf rund 0,23 Prozent geschätzt, und 0,75 Prozent bei den 55 bis 64-Jährigen. Wobei diese nun bei Ioannidis bei rund 0,129 bzw. 0,5 Prozent zu verorten sind.

ES IST EIN VERBRECHEN

Die Studie macht ein weiteres Mal klar: Die sogenannte »Impfung« war für Menschen nie sinnvoll, vielmehr stellt sie eine echte Gesundheitsgefahr dar. Laut der aktuellen Daten der EMA vom 15. Oktober 2022, wurden bislang 600.330 schwerwiegende Nebenwirkungen der Impfung gemeldet sowie 26.622 Todesfälle. 14.220 schwerwiegende Nebenwirkungen bei Kindern sowie 235 Todesfälle. Es wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer riesig ist. (Hendrik Sodenkamp)



Die Injektionen mit ihren genozidhaften Folgen (siehe Artikel) sind keinesfalls unwidersprochen. Hier: Demonstration »Ungeimpfter« am 16. Februar 2022 in Berlin. Foto: Steve Schramm



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



Demonstration in Oberhausen am 16. Oktober. Foto: Georgi Belickin. Foto: Georgi Belickin

DER GROSSE STINKEFINGER

Die Bundesregierung zeigt, was sie von der Bevölkerung hält. | Von Hendrik Sodenkamp

Karl warnt mal wieder. Aber bis jetzt wollen die Bundesländer nicht hören. Ein deutschlandweit erster Vorstoß der Berliner Gesundheitssenatorin für die erneute Ausweitung des Maskenzwangs wurde am vergangenen Dienstag von der herrschenden Lokalfürstin Franziska Giffey (SPD) abgelehnt. »Dafür gebe es noch keine Datengrundlage«, so die überführte Abschreiberin.

Die Willkür mit dem irreführenden Namen Infektionsschutzgesetz gibt den Bundesländern die verfassungswidrige Blankovollmacht, nach Gutdünken weitere Verordnungen zu erlassen. Die meisten Bundesländer, darunter große wie Nordrhein-Westfalen und Bayern, wollen davon laut Medienberichten aus guten Gründen zumindest vorerst keinen Gebrauch machen. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg und Hessen entscheiden dieser Tage, lassen ihre Bürger bangen, während Bundespräsidentendarsteller Frank-Walter Steinmeier seinen Untertanen den Stinkefinger zeigt, indem er sich ohne Maske in der Bahn posierend ablichten lässt (#DW108, Seite 14).

KITA FÜR DEN FÜHRERBUNKER

Der gleiche Stinkefinger kommt auch aus dem Bundeskanzleramt. Jenes Gebäude, das mit einer Nutzfläche von bereits rund 25.000 Quadratmetern achtmal größer ist als das Weiße Haus, soll noch größer werden. Es soll unter anderem eine weitere Privatwohnung für den Kanzler mit 250 Quadratmetern entstehen, ein Hubschrauberlandeplatz, ein Raum, den die USA nicht abhören können und eine Kindertagesstätte. Die Macht baut sich den Bunker für den Untergang nochmal schön aus. Statt der bislang für den Bau veranschlagten 600 Millionen Euro, soll er nun 777 Millionen Euro kosten. Dass es bei diesem Preis bleibt, ist nach aller Erfahrung mit den Regimeprunkbauten– siehe Elbphilharmonie, BER – sehr zu bezweifeln.

CHLORHÄHNCHEN FÜR DIE FREIHEIT

Mit dem Rechnen haben es die Herrschaften ja nicht so. Das machte der Bundesrechnungshof in dieser Woche erneut klar, jener Bundesrechnungshof, der bereits Ende 2021 mit der Durchsicht der Intensivbettenabrechungen, den Betrug der Regierung und der Krankenhäuser belegte. Nun sprach er sich gegen den sogenannten »Doppel-Wumms« aus. Dieser sei laut Bundesrechnungshof verfassungswidrig, da die Bundesregierung mit einer weiteren Verschuldung von 200 Milliarden Euro neben dem üblichen jährlichen parlamentarischen Haushalt einen Schattenhaushalt nach Gutdünken aufbaue. Na, ob die Regierung wohl vor Verfassungsbruch zurückschreckt? Den großen Stinkefinger in Richtung Bevölkerung zeigt die Regierung auch mit diesem Plan: Das Freihandelsabkommen TTIP wird wieder ausgekramt. Wir erinnern uns: Riesige Demonstrationen gegen Chlorhähnchen und private Schiedsgerichte, die über nationalem Recht stehen sollten. Um Russland, China und der eigenen Bevölkerung eins auszuwischen, will Olaf Scholz (SPD) das Projekt wieder »voranbringen« und die Bundesrepublik ehern an die USA binden, wie in diese Woche bekannt wurde. Gegen das Unterfangen, das rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft setzt, gab es 2015 riesige Demonstrationen, die natürlich auch als antisemitisch verleumdet wurden. Schließlich ging es ja gegen ein Regierungsprogramm.

Apropos: Während der Verweis auf historische Verbrechen, beispielsweise mit einem gelben Stern und der Aufschrift »ungeimpft«, als Volksverhetzung verfolgt wird, kann die Außenministerin Bärbock sich in der vergangenen Woche auf ihren Parteitag stellen und tatsächlich faseln, dass sie in Warschau war, um an den Aufstand im Ghetto zu erinnern – und dass dieser Aufstand gegen das Naziregime das Gleiche sei, wie der Krieg der Ukraine. Deshalb müssten wir jetzt ordentlich Krieg führen.

Wer echte Volksverhetzung sehen will, da ist sie.

MELDUNG

WIE DREIST KANN MAN SEIN?

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) bezahlt für seine Pharmakampagne »FaktenBooster«, um die Giftspritze an den Menschen zu bringen. Die »LongCovid«-Schiene! Es sei »der am besten erforschte Impfstoff aller Zeiten«, log Lauterbach am 12. Oktober 2022 offen im Bundestag.

Im Parlament sprang ihm Bundestagsabgeordnete Renate Künast (Olivgrün) zur Seite und sprach von einer guten, sicheren, schützenden Impfung, um im nächsten Atemzug von schweren Erkrankungen nach der »Impfung« zu sprechen. Doch statt die Erkrankungen und Verstümmelungen und Tode auf das Mittel zu schieben, fragt sie: »Wie wäre es wohl ohne Impfe gewesen?« Na, vielleicht gar nicht? Ein paar Tage später war es dann die Autorin der bestochenen Nachrichtenillustrierten *Der Spiegel,* Margarete Stokowski, die das »Abschreckungsbeispiel für Long Covid« in der Bundespressekonferenz machte. Sie sei dreifach geimpft und kurz nach der dritten Impfung wurde sie schwer krank, mit Nervenleiden, Müdigkeit und Arbeitsunfähigkeit. Doch: »Ich empfehle jedem, sich zu impfen«, sagt sie. Fällt denen noch was auf?

Eine weitere kürzlich erschienene Studie, diesmal der britischen Oxford Universtität, kommt zu dem Schluss, dass es in Großbritannien zischen dem 8. Dezember 2020 und dem 17. November 2021 eine Pandemie der Ungeimpften gab. Es erhärtet sich, dass in Deutschland im großen Stil Impfopfer als »LongCovid«-Patienten etikettiert werden. – Mörderisch. (hes)

ARZT AUS DER HÖLLE

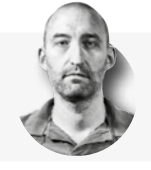
KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Karl Lauterbach hat die neue Impf-Werbekampagne des Regimes vorgestellt. Den Vertriebsverantwortlichen bei Pfizer schien bei Planung des Auftrittes bewusst, dass Lauterbachs Lügen nicht mal mehr in der eigenen Blase verfangen. So griffen sie zum verlässlichsten aller Showeffekte: Pornografie. Genauer: Elendspornografie. An Lauterbachs Seite platzierten sie Margarete Stokowski als Betroffene.

Früher war Stokowski Erfolgsautorin. Heute ist sie Spiegel-Kolumnistin. Ihr Werk beruht auf der Ausstellung eigener Wehleidigkeit unter Beschwörung des Zeitgeistes (Woke-Feminismus). So banal wie ihre Technik war das Erfolgsrezept der jungen Autorin: Autobiografische Anzüglichkeiten vorgetragen in der Pose der Intellektuellen (»Untenrum frei«). Die Zeit raubte auch Stokowski die Geschäftsgrundlage und ließ sie allein mit ihrer Wehleidigkeit. Nach eigenen Angaben wurde sie Depressionspatientin.

Dann kam Covid und befiel auch die Patientin Stokowski. Wie das nach ihrem vorherigen Konsum ganzer drei Impfungen überhaupt möglich war, ist ihr nach eigener Aussage selbst unerklärlich. Wie viele Frauen mit vorbestehender Depression gab auch Stokowski ihrem Leid die Modediagnose *Long Covid* und rüstete sich für 1.000 Euro mit einer Apple-Watch aus. Die glaubt die Sozialwissenschaftlerin zu benötigen, um sich selbst Echokardiogramme anzufertigen. An qualifizierter Hilfe für Diagnose und Therapie ihrer neugefundenen Leidensursache fehle es nämlich aus ihrer Sicht. Darüber entrüstet sie sich ebenso wie über die Tatsache, dass sie die Anschaffung des Accessoires selbst bezahlen musste. Man ahnt: Wer ihren Furor kritisiert, insbesondere als Mann, der ist Teil der tieferliegenden Problemwelt der Margarete S. . Bei aller unfreiwilligen Komik: Diese Patientin verdient Mitleid, keinen Hohn. Sie bedürfte ärztlicher Hilfe, traf jedoch auf einen Arzt aus der Hölle: Karl Lauterbach.

Lauterbach, Gewaltverbrecher im Amt des Gesundheitsministers, schädigt mit seinem Impf-Betrug seit zwei Jahren die Gesundheit von Millionen Menschen, um wenigen Bossen Milliardengewinne zu verschaffen. Immer wieder reklamiert er mit seiner Approbation als Arzt Altruismus, um seinen Patientenmissbrauch zu tarnen. Ärztekammern und Approbationsbehörde, dem Regime treu ergeben, schauen nur zu. Nun hat dieser Arzt aus der Hölle eine psychisch Kranke in aller Öffentlichkeit missbraucht. Aus seiner Sicht mit Erfolg. Der Spott und der Hohn, den Stowkowski mit ihrem Auftritt auf sich zieht, lenkt selbst in den freien Medien vom eigentlichen Problem ab: der Tatsache, dass Lauterbach statt vor Gericht nicht nur weiter im Amt ist, sondern seine gemeingefährliche Vertriebspropaganda unverändert fortführen darf.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com.*



Ex-Starautorin Margarete Stokowski am 14. Oktober 2022 in der Bundespressekonferenz mit Pharmalobbyist Karl Lauterbach. Foto: Videostill/YouTube

»Deutschland, wo die Kräftigen ohne Geist und die Geistigen ohne Kraft sind«

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.



Demonstrantin bei einer von Zehntausenden Demonstrationen der Demokratiebewegung in der BRD. Foto: Georgi Belickin

Herzlichen Dank, verehrter Franz Grillparzer für dieses Zitat, das ich mir diese Woche als Überschrift für meine bescheidene Kolumne von Ihnen borgte.

Der gebürtige Wiener Schriftsteller wirkte Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts und pflegte rege Kontakte zu Ludwig Tieck, Johann Wolfgang von Goethe und Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Wir dürfen also annehmen, dass er wohl mit dem deutschen Wesen vertraut war. Und vielleicht ist genau diese von ihm beschriebene Kombination unsere derzeit größte Herausforderung, um eine dringend benötigte politische Umwälzung herbeizuführen. Denn auch in der vergangenen Woche zeigte sich wieder eindrucksvoll, wie die Kräftigen ohne Geist schambefreit nach vorn drängten.

KULTURLOSER KULTURSENDER

Eine herausragende Blamage inklusive ideologischer Selbstentlarvung brachte der *Deutschlandfunk Kultur* auf seiner eigenen Twitterseite. Im Dialog mit einer Twitter-Kommentatorin zeigte sich der von Gebühren finanzierte Staatsfunk von bester ideologischer Seite. Die Twitter-Nutzerin mit dem Namen »Frau Hasenherz« fragte in der Kommentarspalte nach, warum es respektlos sei, davon auszugehen, dass zwei Geschlechter miteinander Kinder zeugten und nicht drei oder mehr. Sie schrieb: »Ich tippe daher auf einen Logikfehler (den ja gerade viele machen).« Der Account des *Deutschlandfunk Kultur* antwortete daraufhin patzig: »Sie haben gefragt, wie die Person gezeugt wurde und wie viele biologische Geschlechter beteiligt waren. Derartig persönliche Fragen haben hier keinen Platz.«

Wow, und das, obwohl der Sender offen und freimütig den neuen Träger des Deutschen Buchpreises Kim de L'Horizon vor allem als non-binären Schriftsteller feierte. Des Weiteren konterte »Frau Hasenherz«: »Wir alle wissen, dass ein Mann und eine Frau beteiligt gewesen sein müssen. Wir alle wurden so gezeugt. Das ist doch kein Geheimnis und daher auch keine persönliche Information.« Und um Ihnen den Höhepunkt dieses verschwurbelten Dialogs – von Ihrem Geld finanziert – nicht vorzuenthalten, kommt hier die alles erhellende Antwort des ultralinken Deutschlandfunks: »Letztes Mal: Halten Sie sich an unsere Kommentarregeln, andernfalls werden wir Sie blockieren.« Großartig! Biologische Fakten leugnen! Und dann auch noch die Sponsoren der eigenen Arbeit blocken wollen. Der erfolgte *Shitstorm* (zu Deutsch: »Scheißesturm«) war groß – und amüsant. Danke, es gibt sie noch, die Menschen mit gesundem Verstand!

Leider finden sich normale Menschen immer weniger im *Mainstream*-Fernsehen wieder, ganz und gar ausgestorben, scheinen sie beim Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk (ÖRR) zu sein.

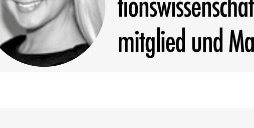
LANGSTRECKEN LUISA LABERT BEI LANZ

Kein Wunder, dass neulich wieder als gern geladener Gast die Göre Luisa Neubauer aus dem Hause Reemtsma beim selbstverliebten Lanz auf dem Sofa saß und über das neue Horrorszenario Klimawandel plauderte. Den Namen Langstrecken-Luisa hat sich die Klimaaktivistin mit ihren großartigen Reisen rund um die Welt verdient – natürlich im Flieger. Jetzt outete sich die junge Frau, die auch seit neuestem (wie Robert Habeck) auf der Seite des Weltwirtschaftsforums (WEF) als Mitglied geführt wird, über die Herausforderungen unserer Zeit. So säuselte die Kleine, dass es »keine Zeit für Demokratien« mehr gäbe, denn der menschengemachte Klimawandel sei nur mit schnellem Handeln zu bewältigen. Damit bläst sie ins selbe Horn wie der große Ideologe und Vaterlandshasser Robert Habeck, unser Wirtschaftsminister. Dieser bekannte sich schon 2018 öffentlich dazu – in einem Gespräch mit Richard David Precht –, ein Demokratiefeind zu sein.

WAS NICHT SEIN DARF, WIRD TOTGESCHWIEGEN

Und kurz vor dem lächerlichen Auftritt von Langstrecken-Luisa bei Lanz gab es am 6. Oktober eine Anhörung im deutschen Bundestag zu klimabedingten Schäden und Verlusten. Dort referierte Dr. Peter Vögele: »CO2 hat keinen Einfluss auf das Klima, deswegen hat auch die menschliche Verbrennung keinen Einfluss auf das Klima, und deswegen haben auch die CO2-Emissionen der Industrie-Länder keinen Einfluss auf das Klima.« Es gibt sie also noch, die Geistigen mit Kraft. So, liebe WEF-gekaperte Regierung inklusive eurer treuen Vasallen: Ihr seid aufgeflogen! Stoppt die Zerstörung unserer Wirtschaft für eine kranke Ideologie! – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.





Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Das »*Comeback*« der Maskenpflicht

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

In der vergangenen Woche wurden meine Befürchtungen aus der Vorwoche bereits bestätigt. Die Maskenpflicht vor Gericht »*is back*«.

Vor dem Betreten des Gerichtssaales am Amtsgericht Lübeck gab die Vorsitzende meiner Mandantin und mir zu verstehen, dass der Zutritt nur mit Maske erfolgen könne. Ein Begründung für diese sogenannte »sitzungspolizeiliche Maßnahme« nannte sie nicht. Nur widerwillig betraten wir maskiert den Gerichtssaal in freudiger Erwartung, was denn da nun komme.

Nach einer kurzen Beweisaufnahme mit zwei Zeugen konnte der Vorwurf einer Anstiftungshandlung der Mandantin nicht bestätigt werden, weshalb sich wohl die Staatsanwältin dazu bemüßigt fühlte, eine Einstellung des Verfahrens gemäß Paragraph 153 der Strafprozessordnung ohne Auflagen anzuregen. Die – noch recht junge – vorsitzende Richterin sah für einen Freispruch ohne weiteren Verhandlungstag gleichwohl keinen Raum und begründete dies mit einem schier abenteuerlichen Zirkelschluss, dessen Schilderung den Rahmen dieser kleinen Kolumne sprengen würde. Was ich damit zum Ausdruck bringen will: Es bleibt eben dabei. Der Eindruck, dass die »maskierte Richterschaft« gelernte und jahrzehntelange Rechtspraktien bei (hier nur vermeintlichen) Maßnahmenkritikern zu deren Nachteil – sagen wir es freundlich – »ausdehnen«, bestätigt sich leider immer wieder. Die Maske ist auch bei Gericht in vielen Fällen das sichtbare Symbol, dass es Maßnahmenkritikern so schwer wie möglich gemacht werden soll. Das gilt umso mehr, als dass die Anordnung einer Maskenpflicht rein willkürlich – und eben nicht wie gesetzlich erforderlich zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Sitzungsbetriebes dienen soll – erfolgt.
Meine Nachfrage an die Richterin nach der erfolgten Einstellung, ob und wie sie denn den erforderlichen Beschluss zur Aushebung des gesetzlichen Vermummungsverbotes gemäß Paragraph 176 Absatz 2 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) vorgenommen habe, entgegnete sie lediglich mit der Aussage, dass sie einen Beschluss weder schriftlich verfasst noch zu Protokoll diktiert würde, weil es hier noch »zu keinen Beanstandungen gekommen sei«. Ein meines Erachtens offener Rechtsbruch in deutschen Gerichtssälen, der leider an der Tagesordnung zu sein scheint.

Mangels Beschluss und entsprechender Begründung ist diese Anordnung eben als willkürlich zu bezeichnen, weshalb sich der Verdacht aufdrängt, dass die Maskenpflicht vor Gericht möglicherweise alleine auf einer politisch und medial geschürten Angstsituation der jeweiligen Richterschaft basiert.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

MELDUNG

ATOM: SCHOLZ SPRICHT MACHTWORT?

Berlin/DW. Der unter Korruptionsverdacht stehende Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) spielt den Entschlossenen. Am 18. Oktober 2022 schrieb er laut Medienberichten eine Weisung an seine Koalitionspartner Christian Lindner (FDP) und Robert Habeck (Bündnisgrün) unter Verweis auf seine Richtlinienkompetenz. Damit klärte er die Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Unabhängige Beobachter sehen, dass das inszenierte Kanzler-Basta ein kalkulierter Coup in Absprache mit den Ministern war, und keine Regierungskrise einleitet. Olaf Scholz konnte so als entscheidende Führungsperson darstellen, die Natogrüne Regierungspartei konnte so auf die Alternativlosigkeit der Laufzeitverlängerung hinweisen und ihre Grundsätze aufgeben und die FDP steht als strahlender Sieger da *Also Win-Win-Win* für die Regierung und erneut Betrug am Volk. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BALINGEN: Donnerstag 11.30 • Schwarzwälder Bote • Herrenmühlenstr. 4
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
ESSEN: Donnerstag ab 12 • Radio Essen • Lindenallee 6
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • DIE ZEIT • Speersort 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Arkaden • Breite Str. / Auf der Ruhr
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 17 • BR Studio • Altstadt 74
LIMBURG: Montag ab 19 • Nassauische Presse • Am Neumarkt
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
MEININGEN: Dienstag ab 12 • Am Brunnen Marktplatz
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Martplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Gethsemanekirche– CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 22.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.10.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 22.10.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 22.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.10.2022 14-20 Uhr	Frankfurt, Grüneburgpark	GROßDEMO
Sa, 22.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 22.10.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 22.10.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 22.10.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 22.10.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 22.10.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.10.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 23.10.2022 14-18 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Demoaufzug
So, 23.10.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 23.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 23.10.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 24.10.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 24.10.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 24.10.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 24.10.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 24.10.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.10.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 24.10.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 24.10.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 25.10.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 25.10.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 25.10.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 25.10.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 25.10.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 26.10.-27.10.2022 11-11 Uhr	Berlin, Friedrichstraße 106	24 h Mahnwache
Mi, 26.10.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 26.10.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 26.10.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 26.10.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 26.10.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 26.10.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 26.10.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
26.10.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 26.10.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 27.10.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 27.10.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 27.10.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 27.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 27.10.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 27.10.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 27.10.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 28.10.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 29.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 29.10.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 29.10.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 29.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 29.10.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 29.10.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 29.10.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 29.10.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



BELLIZISTISCHER GESUNDHEITSMINISTER

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Eher düster war die Stimmung an unserem Volksfeiertag, dem Tag der Volksfreude, dem Tag der offiziellen Wiedervereinigung.

Kein Fahnenmeer in Schwarz-Rot-Gold, keine jubelnden Menschen und dafür eine eher sehr verhaltene Medienresonanz. Die Mahnung der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), dass »Verständnis und Respekt nicht in einer vergifteten Atmosphäre gedeihen können«, klang daher nach Wehklagen einer unverstandenen Politikerkaste. Auch ihren Appell an die Bürger hätte sie besser an die Regierung und ihre Verwaltung gerichtet: »Ich wünsche mir weniger Wut und mehr Respekt, weniger Rechthaberei und mehr Neugier, weniger Vorurteile und mehr Empathie.«

Mehr Respekt und mehr Empathie wünschen sich vor allem die Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Rentner und Pensionäre, die Pflegebedürftigen, das Pflegepersonal, die durch eine energiepolitische Willkür existenzbedrohten Bäcker, Einzelhändler, Logistiker, Industrie und Wirtschaft – oder die Flutopfer aus dem Ahrtal, die voller Zorn mit ansehen müssen, wie Woche für Woche Milliardenbeträge in sinnlose kriegerische Aktivitäten gepumpt werden oder wie, wie aus Zauberhand, mal eben so 39 Millionen Euro für die Flutopfer in Pakistan lockergemacht werden. Während sie immer noch auf die staatlichen Almosen warten, die allenfalls Monate später und auch nur nach Überwindung vieler bürokratischer Hindernisse auf das Konto tröpfeln. Weniger Rechthaberei und mehr Neugier wünscht man sich vor allem von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Mehr Neugier auf die gesundheitspolitischen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse aus anderen Herren Länder, mehr Lernbereitschaft und weniger Rechthaberei, beispielsweise beim Maskenzwang und überhaupt insgesamt weniger kognitive Arroganz, die seine Gesundheitspolitik als beständiges Element »auszeichnet«. Was um Himmels Willen berechtigt diesen Mann nun auch noch, und ausgerechnet an unserem Nationalfeiertag, zu tweeten: »Wir sind in einem Krieg mit Putin und nicht seine Psychotherapeuten. Es muß weiter konsequent der Sieg in Form der Befreiung der Ukraine verfolgt werden. Ob das Putins Psyche verkraftet ist egal« (Originalz itat mit übernommener Rechtschreibung).

Wir sind im Krieg? Mit Putin? Hab' ich da was verpasst? Man ist geneigt, unserem bellizistischen Gesundheitsminister zuzurufen, bei seiner Profession zu bleiben – aber auch das gelingt ihm bekanntlich nicht so, wie erforderlich. Es bleibt die lateinische Weisheit: »Si tacuisses, philosophus mansisses.« (Uwe Kranz)

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

»WIR SPUCKEN DENEN IN DIE SUPPE«

Gleich mehrere Gruppen demonstrierten vor dem Tagungsort des *World Health Summits* in Berlin und die Freedom Parade zwingt Gesundheitsminister Karl Lauterbach umzudrehen.

Vom 16. bis 18. Oktober fand in Berlin der Weltgesundheitsgipfel statt, der zum ersten Mal gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) tagte. Gleich am ersten Tag hatten sich vor dem Hotel in der Stauffenbergstraße die Partei Die Basis mit einer Gruppe aus Äthiopien zusammengefunden. Die Versammlungsbehörde wollte der Partei ihre Protestveranstaltung zuerst nicht genehmigen, rückte dann aber die Kontaktinfos raus und die beiden Gruppen konnten sich zusammentun. »Tedros ist der Kopf einer Terrororganisation, die Krankenhäuser zerstört und Mittel, die für die Entwicklungshilfe in unserem Land gedacht sind, stiehlt«, erklärte ein Demonstrant aus Äthiopien. »Er darf sein Amt als WHO-Chef keinesfalls länger ausführen.«

Die Basis hatte auch auf dem Potsdamer Platz ihr großes Transparent aufgestellt: »Who the f*** is WHO« (etwa: Wer verdammt ist die WHO), mit dem sie davor warnen wollen, dass eine Organisation wie die WHO, ohne demokratische Legitimation, über Pandemien in das Leben vieler Länder und Menschen eingreifen können soll.





Auch das kanadische Nachrichtenportal *Rebel News* schickte fünf Journalisten, um über den *World Health Summit* beziehungsweise die Proteste zu berichten. Unter *rebelWHO.com* sind alle Videos zu finden.

»LAUTERBACH MUSS WEG!«

Am Sonntag machte sich die Freedom Parade auf den Weg zum Weltgesundheitsgipfel. Davor hatten die Punks des Widerstands an der Demonstration vom Reichstag, zum Brandenburger Tor und dem ARD-Hauptstadtstudio, bis zum Potsdamer Platz teilgenommen. »Wir waren ganz erstaunt, dass uns die Polizei durchließ«, erzählte Captain Future. Denn bei derselben Konferenz war es im Herbst 2020 in Berlin zu massiver Polizeigewalt gegenüber den friedlichen Demonstranten gekommen. Und so hatte sich die bunte Protestgruppe für dieses Mal vorgenommen: »Wir spucken denen in die Suppe.« Anscheinend hat die Freedom Parade sehr gute Informanten, denn sie kam nicht nur zum Dinner sondern genau dann vor dem Hotel an, als Gesundheitsminister Karl Lauterbach den Tagungsort verlassen wollte. »Lauterbach muss weg, Lauterbach muss weg, Lauterbach muss weg«, riefen die Demonstranten und tatsächlich: Der Gesundheitsminister überlegte kurz, machte eine Kehrtwende und trat zurück – ins Gebäude. (sma)

FEUERWEHR: AUFARBEITUNG DER INJEKTIONSNÖTIGUNG!

Die Berliner Feuerwehrgemeinschaft (Eigenschreibweise: feuerwehrGEMEINSCHAFT) unterstützt die dienstaufsichtsrechtliche Aufarbeitung der Vorgänge der Impfnötigung (vgl. #DW103 vom 3. September 2022).

Die Feuerwehrgemeinschaft hat Kenntnis über eine Dienstaufsichtsbeschwerde vom 30. September 2022 hinsichtlich der Nötigung zur Impfung seitens der Behördenleitung der Berliner Feuerwehr. Die Senatsverwaltung für Inneres nimmt die Vorwürfe offenbar ernst und hat die Berliner Feuerwehr zur Stellungnahme aufgefordert.

Die verantwortlichen Bereiche der Berliner Feuerwehr versuchen, sich von der juristischen Eisfläche auf das rettende Ufer zu begeben, indem die Verantwortung für die Zustände auf die jeweils anderen Bereiche abgewälzt werden. Der Senatsverwaltung für Inneres scheint das Ausmaß der erfolgten Diskriminierung nicht bekannt. Die Feuerwehrgemeinschaft hat allerdings frühzeitig auf die teils verstörenden Vorgänge zur Impfnötigung hingewiesen.

Somit fordern wir alle betroffenen Kollegen auf, sich an der Aufarbeitung der Vorgänge zu beteiligen und die Ermittler bei der Senatsverwaltung für Inneres durch wahrheitsgetreue Angaben hinsichtlich einer möglichen Impfnötigung zu unterstützen. Die Opfer von Diskriminierung müssen Öffentlichkeit herstellen. Die Papierlage der Veröffentlichungen der Behördenleitung geben nicht die tatsächlichen Zustände der vielen kleinen Gemeinheiten, der Auswüchse, der Herabwürdigung durch Vorgesetzte, die Ausgrenzung von Kollegen *et cetera* wieder. Es wird nicht deutlich, wie durch subtile Methoden bis zur direkten Drohung mit teils unwahren Angaben Druck auf ungeimpfte Kollegen aufgebaut wurde, um diese letztendlich zur sogenannten Impfung zu nötigen.

BRUCH MIT NÜRNBERGER KODEX?

Es sei hier auch an die dubiosen Umstände der Entlassung eines Angestellten für Arbeitssicherheit bei AGS erinnert, der offensichtlich seine Tätigkeit ernst nahm und zu viele kritische Fragen stellte. Auch fordern wir insbesondere alle geimpften Kollegen auf, zu schildern, wie diese zur sogenannten Impfung genötigt wurden, wenn diese die Entscheidung für die medizinische Maßnahme nicht als Ergebnis einer freien selbstbestimmten Risikoabwägung getroffen haben. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere die Frage, inwiefern die mit der Impfung verbundene Einwilligungserklärung als Ergebnis einer Nötigung Bestand haben kann.

Auch von Seiten der Kameraden der FF haben wir Kenntnis von Vorgängen, die nach unserer Einschätzung nichts mit einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Thematik zu tun haben. Bringt eure Erfahrungen unter ausschließlich wahrheitsgetreuer Schilderung und namentlicher Nennung von Ross und Reiter zu Papier und schickt diese an die Senatsverwaltung für Inneres und den Personalrat der Berliner Feuerwehr. Schildert zum Beispiel, wie Zugführer die Testung »unter Aufsicht« von ungeimpften Kollegen zur Druckerzeugung so diskriminierend wie möglich gestalteten, wie Unwahrheiten über automatische Berufsverbote verbreitet wurden, wie dienstliche Beurteilungsergebnisse mit der Aufforderung an die Impfbereitschaft verbunden waren, wie höhere Führungskräfte tribunalartige Einzelgespräche führten, wie versucht wurde, Beförderungen an den Impfstatus zu knüpfen, wie Lehrkräfte der Feuerwehrschule ihre Funktion als pädagogische Instanz missbrauchten um Auszubildende unter Druck zu setzen, die Verbreitung von medizinischen Falschinformationen durch Feuerwehrärzte mit dem Ziel der Panikmache, die selbstherrlichen ausschließlich mündlichen Festlegungen von bestimmten Sonderregularien für ungeimpfte Kollegen ohne Rechtsgrundlage durch Führungskräfte in deren Organisationsbereichen, den Ausschluss von ungeimpften Kollegen von (außer-)dienstlichen Veranstaltungen *et cetera*, *et cetera*.

Den Willen zur tatsächlichen Aufklärung und Aufarbeitung seitens der Senatsverwaltung für Inneres werden wir an dem Umgang mit den Rückmeldungen der Kollegenschaft messen können. Sendet Eure Schilderungen an: Kontakt: Thomas Koch von SenInn – Stellenzeichen III D 2 Ko – E-Mail: *thomas.koch@seninnds.berlin.de*, Telefon: 030 - 90 223 1226 Gruppenpostfach: *IIID2@seninnds.berlin.de*, CC: *personalratbeiderberlinerfeuerwehr@berliner-feuerwehr.de* BCC: *feuerwehrgemeinschaftberlin@protonmail.com*.



Montagsdemonstration in Halle an der Saale am 17. Oktober.
Foto: DEMOS-Deutschland

Montags auch in Oranienburg

553 Menschen hatten sich am Montag, den 17. Oktober, vor dem Schloss in Oranienburg eingefunden – 100 mehr als in der Woche zuvor. Die Bürgerbewegung Oberhavel Steht Auf hatte zur Montagsdemo gemeinsam mit Handwerkern und Pflegekräften aufgerufen, das Motto: »Egal ob du geimpft oder ungeimpft bist, egal welcher Religion du angehörst oder welche Hauptfarbe du hast, schließ dich an, bevor dieses Land ruiniert ist.«

Bei der Auftaktkundgebung sprachen Karl Krökel von der Kreishandwerkerschaft Dessau und Norbert Fischer von der Kreishandwerkerschaft Oberhavel die wirtschaftlichen Probleme an. Sie forderten eine friedliche Lösung mit Russland, da die steigenden Energiepreise die Industrie zerstörten, und warnten vor der Pleitewelle, die in spätestens sechs Monaten den Mittelstand erfassen werde.

Begleitet von fetziger Musik und knakkigen Sprüchen zogen die Demonstranten schließlich durch die Stadt, und dabei kamen auch die Gespräche mit den Passanten nicht zu kurz. (sma)

»Wir brauchen keine Großkonzerne«

Sondern: »Kleinstrukturen, die sich im Großen verbinden!«

Diesmal spricht der DW mit der Demokratin Sabine Langer von der Genossenschaft »Menschlich Wirtschaften« in Stralsund.



»Was soll uns da spalten?« Sabine Langer von »Menschlich Wirtschaften« im Interview. Foto aus: Gunnar Kaiser auf YouTube

Sehr geehrte Sabine Langer, Sie sind Preisträgerin der Republik und im Demokratischen Widerstand bekannt, auch weit über diese Zeitung hinaus. Doch stellen Sie sich den Lesern doch bitte noch einmal selber vor; wer sind Sie, was machen Sie?

Sabine Langer: Getragen werde ich heute durch die vielen Ebenen, die mich haben innerlich wachsen lassen. Ich bin Frau, Mutter, Oma, Unternehmerin, seit 30 Jahren selbständig und Arbeitgeberin. Seit jeher setze ich mich für Frieden und Menschlichkeit ein. Schon mit 16 Jahren wurde ich politisch aktiv. Das war auch damals schon mit Sanktionen belegt, aber selten in dem jetzt sichtbaren Ausmaß. Ich arbeitete im Gründungsprozess einer Partei mit, gründete Friedensinitiativen mit und war viel auf der Straße, aber vor allem in Gesprächen. Ich kann mich noch gut an die Angst um mein Kind erinnern, als der Nato-Doppelbeschluss doch verabschiedet wurde. Ich wünsche uns, dass die Kraft des Gemeinsamen wieder wächst, Brücken wieder halten zu anderen Meinungen, und dass wir spüren, dass wir sind mehr als unser Körper sind. Das versuche ich zu leben, dass drückt mich aus.

DW: Zuletzt sprachen wir über Ihr Vorhaben »Menschlich wirtschaften«, siehe auch *menschlich-werte-schaffen.de/menschlich-wirtschaften*. Wie entwickelt sich Ihre Initiative seither?

S.L.: Wir sind ein wundervolles Team, welches es nun geschafft hat, alle Wege gut und in Tiefe zu gehen, um nunmehr eingetragene Genossenschaft zu sein. Die Soziale Dreigliederung ist unsere Leitplanke. Wir dürfen wahrnehmen, dass all das, was wir im Außen gerade erleben, wie durch einen Filter in ein neues Arbeiten, Denken und Handeln führt und wir uns gegenseitig stärken, indem wir die Stärken des Einzelnen in der Arbeit wachsen lassen. Eine kleine Aufzählung mag ein erstes Bild vermitteln: Im Gesundheitsbereich ist eine Grundlage für ein geschütztes Behandlernetzwerk entstanden. Ein Unterstützerkreis für Gesundheitshäuser wird sehr aktiv. Bildungsinitiativen arbeiten für Strukturen. Eine Künstlerplattform gibt Raum zum Atmen und Leben. Im Bereich der Wohnprojekte finden sich Arbeitsgruppen. Es gibt einen Reisemarkt und einen groß gedachten Handelsplatz, eine Weisheitsuni, einen ersten Kongress. Wir erarbeiten Konzepte für Genossenschaftsläden, bauen Kontakte zu Lieferanten im Kleinstherstellerbereich auf. Wir spüren wir die Kraft der Vernetzung und die Stärke, die daraus entsteht.

DW: Wen und was suchen Sie für den weiteren Aufbau des menschlichen Wirtschaftens konkret?

S.L.: Unser Vorstand Heidi Herbig, Henryk Mioskowski und ich wünschen uns für alle Bereiche Menschen, die groß Denken, aber auch mit handeln können und wollen. Wir haben die Strukturen nun stehen, und haben in zwei Jahren ehrenamtlich alles aufgebaut. Gerade wollen wir den Bereich der Genossenschaftsläden verstärkt voranbringen. Wir brauchen keine Großkonzerne, sondern Kleinstrukturen die sich im Großen verbinden. Was könnte entstehen, wenn sich eine Million Menschen verbinden in all Ihrem Wissen, in all Ihrer Wirtschaftlichkeit und miteinander handeln? Eine Vernetzung auf der Ebene des Menschseins, verbunden mit der Klarheit, das wir dazu eine brüderliche – oder geschwisterliche – Wirtschaft und ein freies Geistesleben brauchen ohne all die Übergriffigkeiten, die wir heute erleben durch Riesenkonzerne, durch Lobbyisten, durch Konkurrenz. Wenn wir es schaffen, in Assoziationen zu denken und zu handeln und uns nicht spalten lassen, sondern uns Menschen in den Mittelpunkt stellen, dadurch Ressourcen gut und achtsam nutzen, dann kann alles gesund wachsen!

DW: Wo steht Ihre Genossenschaft in, sagen wir, fünf Jahren?

S.L.: Wir stehen in Städten, sehen an den Türen der Läden ein Schild mit der Aufschrift »Menschlich Wirtschaften«, gehen dort hinein, und wissen, wir stärken uns mit diesem Einkauf in allen Bereichen. Wir sind eine Million Mitglieder. Wir erschaffen alle zusammen im Mit- und Füreinander eine im Geist freie Welt, denn die Grundlagen dafür sind da. Wir arbeiten in einem großen Ganzen, wir haben einen Staat, der Struktur gibt und vor dem Recht dafür sorgt, dass alle gleich sind, eine Wirtschaft die brüderlich – oder geschwisterlich, weiblich wie männlich – handelt und ein Geistesleben, das frei in der Kunst, in der Bildung, in der Wissenschaft, in der Religionsausübung und in dem Gesundheitsbereich ganzheitlich ist. Früher sagten wir, »Utopie ist machbar«. Sie wird nur nicht alleine wachsen.

DW: Derzeit rumort es in der Demokratiebewegung, man scheint sich fetzen und, bildlich, eigene Denkmäler abreißen zu wollen – und wird dazu wohl auch von den V-Leuten der Bundesinnenministerin Nancy Fäser animiert. Welchen Ratschlag haben Sie?

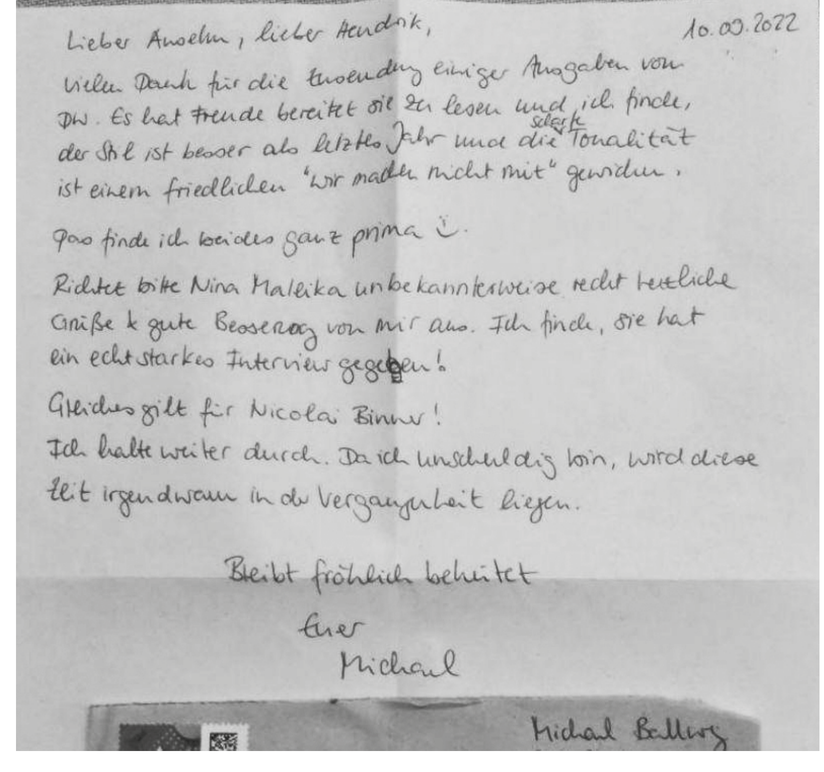
S.L.: Viele von uns arbeiten schon lange und bis an den Rand der eigenen Kräfte. Wir haben vergessen, uns gegenseitig zu halten. Für uns wünsche ich mir Runde Tische der großen Initiativen: Könntet Ihr vom DW dazu nicht einladen? Wir erarbeiten gemeinsam ein Konzept für eine Gesellschaft, in dem der Menschen seinen Raum erhält, in aller Freiheit Denken und Sein kann. Wir werden streiten, wir werden diskutieren, aber in dem Wir uns der Werte von uns allen klar werden, die Stärke des Anderen leuchten lassen, ohne uns bedrängt zu fühlen und der Dunkelheit Licht entgegen stellen. Was soll uns da spalten? Warum sagen wir nicht: Mit uns nicht! Lasst uns doch einfach konsequent arbeiten an etwas ganz Neuem! Rechts oder links wird sich auflösen. Das sind einfach nur Bilder, die gemacht sind. Wir werden alle verlieren, die Frage ist, was wir verlieren. Materielles sicher. Aber auch noch die Menschlichkeit? Wir können heute entscheiden. Meine Entscheidung steht fest. | *Die Fragen stellte Anselm Lenz.*

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

POST AUS STAMMHEIM

Lieber Anselm, lieber Hendrik, vielen Dank für die Zusendung einiger Ausgaben des *DWs*. Es hat Freude bereitet, sie zu lesen, und ich finde, der Stil ist besser als letztes Jahr und die scharfe Tonalität ist einem friedlichen »Wir machen nicht mit« gewichen. Das finde ich beides ganz prima. Richtet bitte Nina Maleika unbekannterweise recht herzliche Grüße von mir aus. Ich finde, sie hat ein echt starkes Interview gegeben (#DW 104). Gleiches gilt für Nikolai Binner (#DW 101)!



Lieber Anselm, lieber Hendrik, 10.09.2022

Vielen Dank für die Zusendung einiger Ausgaben vom DW. Es hat Freude bereitet sie zu lesen und ich finde, der Stil ist besser als letztes Jahr und die scharfe Tonalität ist einem friedlichen "Wir machen nicht mit" gewichen.

Das finde ich beides ganz prima :)

Richtet bitte Nina Maleika unbekannterweise recht herzliche Grüße & gute Besserung von mir aus. Ich finde, sie hat ein echt starkes Interview gegeben!

Gleiches gilt für Nicolai Binner!

Ich halte weiter durch. Da ich unschuldig bin, wird diese Zeit irgendwann in der Vergangenheit liegen.

Bleibt fröhlich behütet

Euer

Michael

Michael Ballweg

Ich halte weiter durch. Da ich unschuldig bin, wird diese Zeit irgendwann in der Vergangenheit liegen. Bleibt fröhlich behütet!
– Michael Ballweg, Stammheim

DW IMMER DABEI

Liebe Redaktion, jede Woche montags bin ich in unterschiedlichen Städten im Osten auf der Straße. Die Menschen lassen sich nicht mehr für dumm verkaufen. Das habt ihr und das haben wir gemeinsam geschafft. Wow! Jedes Mal habe ich den Demokratischen Widerstand dabei, der mir überall quasi aus der Hand gerissen wird. So komme ich auch immer in gute Gespräche mit tollen Menschen. Danke dafür und Eure unermüdliche Arbeit. Weiter so.
– Christine, Schwedt

»VON MISSGUNST UND GEKRÄNKTER EITELKEIT«

Wenn ehemalige *DW*-Kollegen meinen, sie müssten dieser Zeitung Hassrede unterstellen oder zu einer Kündigung des Abos raten, frage ich mich, welche Motivation sich dahinter verbirgt. Der *DW* hat sich als eine der ganz wenigen Zeitungen im deutschsprachigen Raum in den vergangenen zweieinhalb Jahren nicht an der Hetze gegen Ungeimpfte beteiligt. Darauf sollte man fairerweise hinweisen, anstatt der *Mainstream*-Presse das Wort zu reden. Satire und Polemik sind künstlerische Stilmittel und haben ihre Daseinsberechtigung, solange sich die Kritik gegen die herrschenden Verhältnisse richtet. Pressevielfalt ist doch etwas Großartiges! Ich selbst habe sieben Printperiodika im Abo, der *DW* ist seit 2020 fest mit dabei.
– Daniel, Berlin

AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

Das grüne Märchen

WAS IST DRAN AM STROMSTREIT? TEIL 1 VON 2 IN DIESER AUSGABE (ZWEITER TEIL SEITE 10) | ***»Erneuerbare« sind anders, aber nicht besser als »fossile«. Es geht beim Streit um die Energien nur um Macht und Geld. | Ein Standpunkt von Felix Feistel***

Deutschland ist getrennt von den Quellen billiger Energie, die jahrzehntelang der Motor der deutschen Wirtschaft waren. Eine Rückkehr zum Erdgas als Energiequelle ist nicht zu erwarten. Das liegt nicht allein daran, dass die Nordstream-Pipelines zu drei Vierteln zerstört sind. Es gibt auch ideologische Hindernisse.

Einerseits ist Russland das Land des Bösen, das man nicht durch den Kauf von Erdgas unterstützen will. Andererseits arbeitet eine Vielzahl an vorgeblich Grünen und Linken Gruppierungen und Parteien schon lange daran, die Energie aus »erneuerbaren« Quellen zu beziehen.

Dabei wird vorrangig auf Windkraft, Solarenergie und, in bescheidenerem Ausmaß, auf Wasserkraft gesetzt. Das Problem an diesen ist jedoch: Sie sind überhaupt nicht nachhaltig. Natürlich, Wind, Sonne und Wasser sind sehr beständige Faktoren auf diesem Planeten. Jedoch werden Anlagen benötigt, diese in nutzbare Energie umzusetzen. Diese Anlagen sind es, die mit einem hohen Ressourcenverbrauch, sowie mit giftigen Abfällen einhergehen. Sie werden mit den giftigsten Verfahren hergestellt, welche die Menschheit entwickelt hat.

Da sind die omnipräsenten Windkraftanlagen. Diese benötigen mehr Metall als alle anderen Kraftwerkstypen. So wurden im Jahr 2018 weltweit 5.695.000 Tonnen Stahl allein für Windkraftwerke verbraucht. Im Jahr 2040 soll sich dieser Wert Prognosen zufolge auf 18.540.000 Tonnen steigern. Auch Gusseisen, Zink, Aluminium und Kupfer werden in den Anlagen verbaut, der Bedarf steigt mit dem weltweiten Ausbau der Windkraftanlagen an (Studie »Weltweiter Bedarf an Rohstoffen für Produktion von Windkraftanlagen«, u.a. über statista.com).

Zudem kommen für die tonnenschweren Magneten im Inneren des eigentlichen Kraftwerks die seltenen Erden Neodym und Dysprosium zum Einsatz. Beim Abbau dieser selten zu findenen Metalle werden ganze Landstriche radioaktiv verseucht, da dabei Uran und Thorium freiwerden, die sich in Form von Staub ungehindert in der Landschaft verbreiten. Zudem werden ganze Landstriche in Mondlandschaften verwandelt und entstehende Abwässer oft einfach in die Natur geleitet. Der größte Teil dieser seltenen Erden stammt zudem aus China.

Die größte Mine, Bayan Obo, deckt den größten Teil des weltweiten Bedarfes. Das Umweltbundesamt der Bundesrepublik Deutschland hat schon in einer im Jahr 2014 erstellten Studie festgehalten, dass im Umfeld der Mine 160 Millionen Tonnen an Rückständen und 17,5 Kubikmeter Abwässer lagern, die neben dem radioaktiven Thorium auch Flusssäure und Schwefelsäure enthalten. Zudem verbraucht der Abbau große Mengen Wassers, sodass im Umland der Mine die Wüstenbildung zunimmt. Allerdings arbeiten die Hersteller bereits daran, Magneten ohne diese Metalle zu bauen. Die Luftverschmutzung durch giftige Abgase führt zudem zu saurem Regen, der die Gifte weit über das Land verbreitet und ganze Landstriche zerstören kann.

Für jedes Windrad muss zudem ein Fundament aus gut 1.000 Kubikmetern Beton gegossen werden (»Beton für Windenergie«, beton.org). Diesem wird nicht nur nachgesagt, durch den hohen Energieaufwand den Klimawandel besonders voranzutreiben, sondern versiegelt und verdichtet den Boden, sodass Regenwasser nicht abfließen, organisches Material nicht ausgetauscht werden, und Pflanzen nicht wachsen können. Auch die beim Bau der Windräder eingesetzten Kettenfahrzeuge tragen zur Bodenverdichtung bei und schaffen damit Streifen toten Bodens.

Das ist deswegen problematisch, weil Windräder oftmals mitten in den Wald oder auf Feldern errichtet werden. Mancherorts werden dafür zudem ganze Waldstücke gerodet. So wird die Natur großflächig zerstört, nur, um einige wenige Windkraftanlagen errichten zu können. Zudem gibt es einige Studien, die zu dem Schluss kamen, dass Windräder Dürren erzeugen und verstärken. Sie tragen dazu bei, den Boden auszutrocknen und erwärmen ihn. Allein die bis 2018 errichteten Windräder in Deutschland haben dem Land dadurch einen zusätzlichen Temperaturanstieg um 0,27 Grad Celsius beschert, und das in nur fünf Jahren (vgl. »Dürre durch Windräder«, Magazin Achse des Guten).

> »Erneuerbare sind nicht der ökologische Heilsbringer, als der sie vermarktet werden.«

Zudem enthalten Windräder eine Menge Epoxidharze und Glasfasern. Das stellt für die Entsorgung ein erhebliches Problem dar, da diese Stoffe nicht mehr voneinander getrennt und recycelt werden können. Einzige »Lösung« ist da eine Endlagerung oder Verbrennung. Die Materialien sind jedoch äußerst giftig, Glasfasern wirken, wenn sie brechen und in die Atemluft gelangen, in der Lunge wie Asbest, und sind damit Krebserregend. Die durchschnittliche Lebensdauer einer Windkraftanlage beträgt 20 Jahre. So nachhaltig, wie suggeriert wird, sind sie damit also nicht. Derzeit gibt es ungefähr 30.000 Windkraftwerke allein in Deutschland. In naher Zukunft müssen Jahr für Jahr 15.000 Rotorblätter ausgetauscht, die alten damit entsorgt werden. Jedes davon enthält 15 Tonnen an Material.

Auch die Tierwelt leidet unter den Windrädern, heißt es laut welt.de und tagesschau.de. Vögel und Fledermäuse werden von den Rotorblättern erschlagen, und der Schlagschatten, sowie der Lärm, auch der sogenannte Infraschall, belasten Mensch und Natur möglicherweise. Sie erzeugen mancher Verlautbarung nach kontinuierlichen Stress und wirken sich sogar auf das Wachstum der davon betroffenen Pflanzen aus.

Was die Versorgung mit Energie angeht, besteht zudem das Problem, dass Energieversorger bei einer sinkenden Nachfrage oder einem steigenden Angebot zunächst die Windräder abstellen, da es viel rentabler ist, Atomkraftwerke zu betreiben, und ein hoch- und herunterfahren großer Reaktoren oder auch Kohlekraftwerke sehr viel aufwendiger ist.

Auch Solarenergieanlagen, sowie Wasserkraftwerke sind auf viele verschiedene, teilweise giftige Ressourcen angewiesen. So kommt bei der Herstellung von Solarenergiezellen Stickstofftrifuorid zum Einsatz, das auch immer wieder in die Atmosphäre entweicht. Dieses gilt als 19.700-mal so »klimaschädlich« wie Kohlenstoffdioxid (vgl. *Wikipedia*-Eintrag zu Stickstofftrifluorid), das zu vermeiden der Kerngedanke der ganzen erneuerbaren Energien ist. Der Stoff kann zudem die roten Blutzellen schädigen, weswegen er als gesundheitsschädlich gilt.

Wasserkraftwerke sorgen zudem für ein weiteres Problem, das Windräder und Solaranlagen nicht aufweisen. Denn für ein solches Wasserkraftwerk werden oft ganze Flüsse aufgestaut. Dadurch wird der natürliche Verlauf von Flüssen unterbrochen wodurch Flusstiere, wie zum Beispiel die Lachse, nicht mehr ungehindert flussauf- und abwärts schwimmen können. Dies müssen sie aber, denn sie leben in der Regel am unteren Flusslauf oder im Ozean und kehren nur zum Laichen an den oberen Flusslauf zurück. Dieses Schauspiel, Wanderung genannt, kann man jedes Jahr verfolgen, es sei denn, die Flüsse werden aufgestaut. Die Dämme stellen für die Lachse unüberwindliche Hindernisse dar. Auf diese Weise strangulieren Wasserkraftwerke das Ökosystem Fluss und führen zu einer Abnahme der Artenvielfalt und zu einem Aussterben der Lachse.

Erneuerbare Energien sind damit nicht der ökologische Heilsbringer, als der sie vermarktet werden. Ähnliches lässt sich über die Elektromobilität sagen, die derzeit ebenso politisch vorangetrieben wird. Es handelt sich um eine Scheinlösung, um die wahren Ursachen der Umweltprobleme, die es unabhängig vom Klimawandel gibt, nicht angehen zu müssen. Meine Lösung wäre ja immer: Weniger Energie verbrauchen, denn was Energieträger angeht, gibt es wohl keine wirkliche Lösung, die umweltfreundlich ist. Wasserstoff und Gezeitenkraftwerke mögen eine plausible Hoffnung sein.



»Der Schlaf der Vernunft gebiert die Ungeheuer.« Jongleur vor Kraftwerk. Collage: DW/Ute Feuerstacke



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

WIR BRAUCHEN 100 PROZENT WIDERSTAND!

So langsam wird es tatsächlich ernst. Die Anzahl der Insolvenzen steigt dramatisch an, die Wahrheiten kommen mehr und mehr ans Licht. Ein Drittel mehr im September, ja klar, die hohen Energiepreise. Oder ist es doch der fehlende Widerstand?

Die Medien verspielen den allerletzten Funken an Vertrauen, den sie auch schon lange nicht mehr verdient haben, sind sie doch vom Geld ausgehöhlt und dienen dem wahren Bösen. Zugegeben, es ist schwer, die internationalen komplexen Zusammenhänge wirklich zu verstehen. Und ein gewisser Rest Unsicherheit bleibt immer: Wem können wir trauen, wem nicht, wer spricht die Wahrheit, und wer nicht, wer schafft, und wer vernichtet?

Es ist an der Zeit, dass die Unternehmer endlich überall ihre Häupter und ihre Stimmen erheben, denn schlimmer kann und wird es kaum mehr kommen. Es ist wichtig zu erkennen: Was war Corona wirklich? Wem nützen Kriege? Wem dienen unsere Marionetten? Und welche Ziele werden verfolgt und vor allem, wessen Ziele? Dies gilt es zu erkennen, aber es hilft, die eigene Leere mit Fülle zu erfüllen. Das tut weh, aber so ist das eben, wenn man, also der Mensch, zwei Jahre weggeschaut hat, und nun erkennen darf, was da eigentlich läuft.

Gas, Strom, Börsen, Inflation, Entlastungspakete, Bürgergeld, Bilanzen der Zentralbanken: Alle Kennzahlen stehen auf Krieg. In einem Land fallen die Bomben tatsächlich, in unserem Land fallen sie auch, aber eben anders. Parallel zum wirtschaftlichen Klima wird ja auch das gesellschaftliche immer rauer. Immer mehr Menschen suchen das Weite, gehen in andere Länder, Mitarbeiter und gleichermaßen auch Unternehmer. Zunehmend fühlen sie sich in diesem Deutschland belogen und betrogen, zurecht. Auch das trägt bei zum Niedergang unseres Landes, auch das hilft, die Pläne der Globalisten zu erfüllen.

Es brodelt im deutschen Mittelstand, es ist deutlich zu sehen, sie erwachen, mehr oder weniger, gehen auf die Straße und vernetzen sich neu. Das alles reicht nicht, wir brauchen 100 Prozent Widerstand, brauchen total andere Wahlergebnisse. Ja, nicht zu gehen, das ist eine mögliche Antwort. Aber die Marionetten weiterwählen, ist das absolut falsche Signal in einer zu bedeutenden Zeit. Egal ob in Österreich oder in Deutschland.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany !

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

»Schicksalswende für die Atomkraft«

WAS IST DRAN AM STROMSTREIT? TEIL 2 VON 2 VON IN DIESER AUSGABE

Auf der Suche nach der Steckdose im Menschen will Klaus Schwab (»Great Reset«) auch noch die Atomkraft wiederentdeckt haben.** | **Ein Standpunkt von Wiltrud Schwetje



Letzter deutscher Exportschlager? Der Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, trägt gern die ungewöhnlichsten futuristischen Gewänder. Foto: CC/DeclarePeace.org

Mancher fühlt sich als Priester der Wahrheit und ist nur Knecht im Tempel seiner Selbstgefälligkeit.
– Peter Sirius

Wer hätte gedacht, dass ich mal Fan von Klaus Schwabs WEF-Website werde? Aber in Sachen utopische Zukunftsvisionen ist das Weltwirtschaftsforum einfach nicht zu toppen. Man könnte meinen: Gott ist nah, wenn man dank der anregenden Artikel in Schwabs »Schöne Neue Welt« eintaucht.

Anfang Oktober hat das WEF (»Weltwirtschaftsforum«) seine Anhänger mit einem Artikel über die Atomkraft beglückt. Roberto Bocca, Mitglied des Exekutivausschusses, lobte die Atomenergie als emissionsfreien und umweltfreundlichen Klimaretter über den grünen Klee. Damit hatte der Mann sofort meine Aufmerksamkeit. Kernkraft habe ein »Imageproblem«, stehe aber vor einem »Neustart«, verkündet Bocca. Seine Zugpferde für die Ankurblung der Atomkraft nennen sich *Small Modular Reactors* (SMR), also kleine modulare Reaktoren.

»SMR sind einfacher, sicherer und billiger als herkömmliche Reaktoren – und sie produzieren weniger Abfall«, begeistert sich Bocca. Gleich präsentiert er den unbedarften Lesern eine »leicht verständliche« Illustration zum schwierigen Thema. Damit macht er klar: Diese niedlichen und klimafreundlichen Mini-Reaktoren müssen niemandem mehr Angst machen.

Und wem verdankt die Kernkraft das glorreiche Revival – oder die »Schicksalswende« –, wie Bocca das nennt? Es sei »eine Kombination aus neuen Nukleartechnologien, dem Streben nach Dekarbonisierung und dem zunehmenden Wunsch nach Energieunabhängigkeit nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine«, teilt er mit.

PUTIN IST SCHULD

Dass einzig und allein Wladimir Putin an der prekären Energielage der Welt schuld ist, betont er in dem Artikel gleich zweimal. Dass der Klimawahn vom WEF vorangetrieben und der vom Westen geschürte Krieg gewisse Interessen beflügelt, lässt er dagegen aussen vor. Weltweit seien derzeit mehr als 50 Kernreaktoren im Bau, fast die Hälfte davon in China und Indien. Länder wie Japan hätten den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht, weiß Bocca.

Nur gut, dass Ursula von der Leyen auch die EU auf Spur hält. Schon im Juli wurde die Kernenergie als »grüne Energiequelle« eingestuft und in die Liste nachhaltiger Investitionen aufgenommen (wir berichteten). Das mache die Kernenergie »attraktiver«, freut sich Bocca. Überschwänglich beschreibt er die Vorteile der Atomkraft: Sie sei eine »immer einsetzbare, zuverlässige und emissionsfreie Energiequelle«, die im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien auch abliefere, wenn der Wind nicht wehe oder die Sonne nicht scheine.

»Kernkraftwerke stossen keine Treibhausgase aus, was bedeutet, dass sie die weltweiten Bemühungen unterstützen, Netto-Null-Emissionen zu erreichen«, meint Bocca. Doch dann muss er in den sauren Apfel beissen: Was geschieht mit dem Atommüll, der bis zu 300.000 Jahre lang radioaktiv bleiben kann, wie er selbst zugibt? Lösungen hat er parat: Als Entsorgungsmethoden schlägt er »das Abschiessen ins All oder das Vergraben tief unter dem Meeresboden« vor.

AUF DEN MOND SCHIESSEN

Die vermessene Idee, den Atommüll im Weltall zu entsorgen, ist nicht neu. Auch im »Government in 2071: Guidebook«, das 2018 im Rahmen des Weltregierungsgipfels (World Government Summit/WGS) in Dubai veröffentlicht wurde, prophezeien die Vorreiter der Vierten Industriellen Revolution, dass es in Zukunft viel mehr Kernkraftwerke geben und der Atommüll im All entsorgt wird. Wie der Zufall es will, ist dieser Weltregierungsgipfel, der 2013 ins Leben gerufen wurde, eng mit Klaus Schwab und seinem Weltwirtschaftsforum verbandelt (wie *Transition News* berichtete).

Auch bei der Finanzierung dieser technologischen Entwicklungen trifft man auf alte Bekannte: So errichtet TerraPower, ein Unternehmen von Bill Gates, derzeit seinen ersten kleinen modularen Reaktor in einer Stadt im US-Bundesstaat Wyoming, die historisch mit dem Kohlebergbau verbunden ist. Was soll man sagen? Gates ist eben der Inbegriff der Philanthropie: »Gute« Werke tun, gehört zu seinem Alltag wie das Zähneputzen.

Die schöne, neue WEF-Welt ist ein Quell der Freude und eine Inspiration – und immer muss ich sofort an dieses Foto von Schwab im futuristischen Outfit denken, das seit gefühlten »Pandemie-Ewigkeiten« durch die sozialen Netzwerke geistert. Man schaut es sich an und erkennt: Das ist ein Mann, der genau weiß, was er will – und welche Klamotte seine Persönlichkeit unterstreicht. Dem muss man vertrauen.

Dieser teils ironische Text ist eine Übernahme von Transition News (transition-news.org). Wir danken der Autorin.



Umstritten: Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron beim Davoser Oligarchentreff »Weltwirtschaftsforum« im Jahr 2018 (Foto). In der ablaufenden Woche monierte er, dass US-Konzerne wie Standard Oil »das Vierfache« des in den USA üblichen Gaspreises verlangen – wohlgemerkt ohne die Transportkosten über sogenannte Terminals. Um Vielfache teurer ist das Erdgas *made in USA* ohnehin. Das sei »kein Akt der Freundschaft«, so der Franzose. Das US-Frackinggas gilt zudem als extrem »dreckig«. Zuletzt hatten die US-Einheiten die Versorgungsleitungen in der Ostsee zerstört (#DW106 und #DW107). Foto: CC/WEF

UNRUHEN IM IRAN

Die islamische Republik wird von einer Welle des Protestes und der Aufstände erfasst.

Seit am 19. September die 22-jährige Kurdin Mahsa Amini in Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei verstarb, ist die Regierung des Iran mit einer Welle des Protestes konfrontiert.

Die Aufstände begannen in den Gebieten, in denen die kurdische Minderheit stark ist, und breiteten sich schnell über das Land aus. Die Behörden wurden beschuldigt, den Tod Aminis durch Misshandlung und Gewalt verursacht zu haben. Auch von Vergewaltigung war anfänglich die Rede.

Schon wenige Stunden nach Bekanntwerden des Vorfalls kündigte die Regierung durch Präsident Raisi an, eine Untersuchung einleiten zu wollen. Kurze Zeit später veröffentlichte die Regierung ein Video, das mutmaßlich die junge Amini zeigt, die in Gewahrsam der Sittenpolizei ohne jeglichen körperlichen Kontakt zusammenbricht. Andere Videos sollen zeigen, wie sie anschließend in das Krankenhaus gebracht worden sei, in dem sie wenig später verstarb.

Der Autopsiebericht stellte als Ursache für ihren Tod die Spätfolgen einer früheren Gehirnoperation aufgrund eines Tumors und die damit verbundene Medikamententherapie fest. Jedoch bezweifelte Aminis Vater dieses Ergebnis und gibt an, dass Mahsa bei bester Gesundheit gewesen sei. Zudem beschwerten sich die Anwälte der Familie, dass ihnen kein Zugang zu den Untersuchungsunterlagen gewährt werde.

Trotz des Videos reißen die Proteste nicht ab, sondern eskalieren im Gegenteil sogar. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Protestierenden und den Behörden. Dabei zeigen Videos, dass die Gewalt nicht allein von der Polizei ausgeht, sondern vor allem von den Demonstranten. Sie attackieren Polizisten mit Schusswaffen und Messern, ein Polizist wurde gar angezündet. Auch Polizeiwagen und Krankenwagen wurden Ziel von Angriffen, mehr als 60 Krankenwagen wurden bislang zerstört, über 150 Menschen kamen ums Leben, viele befinden sich in Gewahrsam der Behörden.

Die Regierung beschuldigt den Westen, allen voran die USA, Schuld an den Protesten zu sein. Tatsächlich haben sich westliche Regierungen sehr schnell ganz eindeutig auf Seiten der Aufständischen positioniert, und sprechen über Sanktionen gegen den Iran. Stimmen vor Ort berichten von anfänglich freundlichen Protesten, die bald schon von gewalttätigen Aufrührern gekapert worden sein sollen. Es gibt Hinweise, dass von westlichen Geheimdiensten finanzierte und unterstützte Gruppen und terroristische Organisationen an den Aufständen beteiligt sind.

(*Multipolar-Magazin.de* berichtete über diese Beteiligung ausführlich).



Gedenken an Zhina Masha Amini auf der Leipziger Sachsenbrücke. »Jin, jiyan, azadî!« am 28 September 2022 Foto: Zartesbitter

Russische Truppenbewegungen

Die russische Armee gruppiert ihre Soldaten auffällig um. | Von Felix Feistel

Nachdem eine Reihe von Explosionen mehrere ukrainische Städte erschüttert und dabei wichtige ukrainische Infrastruktur zerstört haben, gibt es nun Berichte von Bewegungen russischer Soldaten nach Weißrussland.

Lange Züge, beladen mit Lastwägen und Panzern, werden durch Weißrussland an die ukrainische Grenze transportiert. Statt des »Z«, das zum Symbol der russischen Sonderoperation geworden ist, tragen diese Fahrzeuge offenbar ein weißes Dreieck, das eine »2« enthält. 400 Panzer und Militärfahrzeuge wurden auf diese Weise in das Land verlegt.



Bewegungen der Armeen der Nato und der Russischen Föderation mit Stand vom 17. Oktober. Karte: CC/SVGrr016

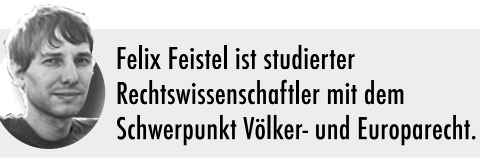
Der weißrussische Präsident Lukaschenko spielt die Ankunft russischer Soldaten auf seinem Staatsgebiet herunter und erklärt, es handele sich nur um eine Zusammenarbeit zwecks Verteidigung der Landesgrenzen. Eine Verlegung von Truppen bedeutet nicht zwangsweise, dass Russland von dort aus angreifen wird. Aber auf diese Weise werden an der Grenze ukrainische Truppen gebunden, die dann an anderer Stelle fehlen.

Ähnlich ist Russland am Anfang der Operation vorgegangen, als große Teile der Truppen schnell in Richtung Kiew vorgedrungen sind. Diese haben sich später wieder zurückgezogen, als das Ziel der Truppenverlegung in den Donbass abgeschlossen war. In den letzten Wochen wurden immer wieder ukrainische Truppenbewegungen an der Grenze gemeldet. Diese hätten Brücken gesprengt und Zufahrtsstraßen vermint. Dies könnte einer der Gründe für die Verlegung der Soldaten dorthin sein. Weißrussland bildet außerdem eine Basis russischer Truppen, die zwischen Polen und dem Baltikum liegt, und damit einen strategischen Keil zwischen diesen beiden Nato-Regionen darstellt.

Auffällig ist auch, dass Länder wie Serbien, China, Indien und Weißrussland ihre Landsleute, die sich noch in der Ukraine aufhalten, dazu aufgefordert haben, diese zu verlassen, und die Botschaften geschlossen haben. Das deutet auf eine geplante und mit den Partnern abgestimmte, groß angelegte Operation hin, die möglicherweise bald bevorsteht. Diese könnte im Winter stattfinden, wenn der Boden gefroren ist und Russland seine Reservisten in den Einsatz schickt. Ein schnelles Vorrücken könnte dann leichter werden, muss aber nicht unbedingt von Weißrussland aus stattfinden.

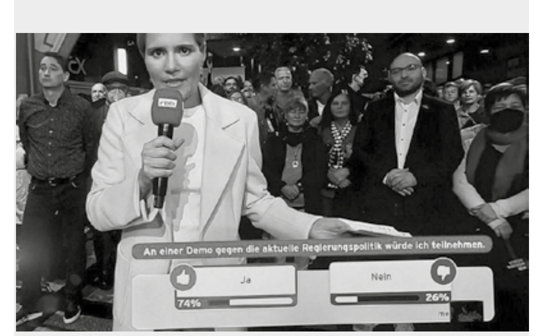
Auch ein Vormarsch aus Richtung Donbass ist denkbar. Bislang begnügen die russischen Truppen sich damit, Versuche seitens der Ukraine vorzudringen, zurückzuschlagen. Mehrere ukrainische Versuche, auf das Gebiet Saporoschje vorzurücken, oder das dortige Atomkraftwerk zu eroebern, sind in jüngerer Vergangenheit gescheitert. Der Frontverlauf ist seit den Referenden sehr statisch, die Verluste auf beiden Seiten offenbar relativ gering. Allerdings hat Russland als Reaktion auf die Sprengung der Brücke, welche die Krim mit dem russischen Festland verbindet, mehrere Luftangriffe auf die Westukraine gestartet, wobei vor allem die Stromversorgung zerstört wurde.

Gleichzeitig zu den Truppenbewegungen nach Weißrussland findet seit vergangenem Montag in Belgien, Großbritannien und über der Nordsee die Militärübung »Steadfast Noon« der Nato statt, in welcher der Abschuss von strategischen Atomwaffen auf Russland geübt werden soll. Dabei handelt es sich um eine alljährlich stattfindende Übung, über die dieses Jahr, Angaben der Nato zufolge, Russland mit besonderer Umsicht informiert wurde, um Fehleinschätzungen zu vermeiden.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG



DREIVIERTEL FÜR PROTESTE

Berlin/DW. Laut einer Umfrage des Regierungssenders *RBB* in der ablaufenden Woche wollen 74 Prozent der Umfragenteilnehmer »an einer Demo gegen die aktuelle Regierungspolitik teilnehmen«. Das Malheur im ansonsten auf Corona- und Kriegspropaganda gleichgeschalteten *RBB* ging in einer Direktübertragung über den Sender. (ale)

NATO-MANÖVER MIT ATOMWAFFEN ANGELAUFEN

London/DW. Seit Montag läuft über der Nordsee sowie über Belgien, England und Norwegen das Nato-Manöver »Steadfast Noon« (standhaft am Mittag). Dabei wird der Atomkrieg trainiert. Einheiten von Marinen und Luftwaffen aus 14 Nato-Staaten sollen an dem Großmanöver teilnehmen, bei dem auch die Durchführung des Einsatzes von Wasserstoffbomben und Atomschlägen geübt wird. Zu Zündungen mit scharfer Munition soll es nicht kommen. (ale)

MOSKAU VERHÄNGT KRIEGSRECHT

Moskau/DW. Am 19. Oktober 2022 erklärte der russische Präsident Wladimir Putin das Kriegsrecht in den drei von der Ukraine agbespaltenen Regionen, die nun von Moskau zum russischen Kernland gezählt werden: »Während des Referendums haben die Bewohner der Volksrepubliken Donjetsk und Lugansk sowie der Regionen Saporischje und Cherson ihren Willen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie wollen zu Russland gehören. Die Verfassungsgesetze zur Eingliederung dieser vier neuen Regionen in die Russische Föderation sind in Kraft getreten.« Zuletzt evakuierte die Rote Armee Zivilisten aus der Region Cherson. Militärexperten sehen Russland stark in der Defensive. In der Grenzstadt auf russischer Seite Belgorod schlug am Donnerstagmorgen mindestens eine Rakete ein. (ale)

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

REVOLUT

So friedlich wie m

In zwei Jahrzehnten hat der Neoliberalismus den Sozialstaat abgebau geholfen haben dabei Linksliberale. Revolution ist aber noch möglich. Ein Blick zurück auf das Leben in den Jahrzehnten der »Alternativlosigkeit«

ESSAY zum Linksliberalismus von Anselm Len

Ein bisschen deppert schaut er zuweilen drein, der »postmoderne Intellektuelle« von heute. Die Intelligenz Europas und die neoliberale Ideologie sind eine verheerende Mesalliance eingegangen. Ohne es sich bewusst zu machen, haben Linksliberale (hey, das sind ja wir – ja, Sie sind gemeint) das Ende der Demokratie mit postmoderner Weltverleugnung protegiert. Wir sollten uns entscheiden: Entweder machen Sie sich zunehmend prekarisiert, aber weiterhin wellnessorientiert zur Mittäterin; oder Sie schauen den Verbrechen des Neoliberalismus ins Antlitz und freunden sich mit dem Gedanken an eine seriös formulierte Revolution an.

Die Erzählung der neoliberalen Epoche war, dass durch die »Herausforderungen der Globalisierung« ein ökonomischer Zustand eingetreten sei, der die Entfesselung gesellschaftlicher Zuspitzung erfordere. Ein »Ruck« müsse »durch Deutschland gehen«, um den behaupteten »Reformstau« zu überwinden und im »Wettbewerb der Nationen« siegreich zu sein. Die »Staatsverschuldung« sei horrend, deswegen müssten die Steuern für die Reichen gesenkt, Staatsbetriebe privatisiert und der Sozialstaat geschrumpft werden.

Für die Selbstverwirklichung dieser Ideologie seien die Besitzlosen nun zu schröpfen, also alle abhängig Beschäftigten, insbesondere die jüngere Generation Europas. Ebenjene Kohorten, die aufgrund ihrer demografischen Minderheitenposition bei Wahlen weniger gefährlich sind (heute alle unter 40). Großeigentümer und Erben aller Altersklassen trügen indes die »unternehmerische Verantwortung«. Damit sie diese freudvoller ausüben würden, müsse ein Prozess ablaufen, der allen Ernstes »Hinunterrieseleffekt« genannt wurde (*Trickle-down-Effect*).

Die Behauptung dabei war, dass die Investitionsneigung der Reichen steige, je mehr Geld, Land und Macht sie zu ihrer Verfügung dazubekämen. Zu ihrem Wohl wurden Löhne und Absicherung der abhängig Beschäftigten abgeschmolzen, immer mit der Behauptung, später würde alles dann schon irgendwie wieder aufgefüllt. Aus weniger würde mehr, aus dem Wegnehmen würde Wohlstand. Wer diese Absurdität anzweifelte, hatte »von Wirtschaft keine Ahnung«. Zusammengefasst: Unterwerft euch den Fürsten! Zahlt kräftig Miete! Und vergesst dabei jede Differenz zwischen Betriebswirtschaft und Nationalökonomie!

DIE KODIREKTIVE DER KAPITALISTEN

Derart erbärmlicher Sophismus vertrug sich spitze mit einem magischen Denken im linksliberalen Mainstream in Akademien und Medienbetrieben, der sich in den zumeist unverstandenen Spielarten poppiger postmoderner Theorien verfing. Ganz im Sinne der höheren Sache der Neoliberalen sollten europäische Arbeiterinnen und Angestellte besser nicht mehr ihre eigenen Interessen vertreten. Denn hinter Fragen nach Verteilung, Eigentum, Betriebsrat und echter Demokratie stünde doch letztlich nur die heimliche Sehnsucht nach Hitler, zumindest aber ein ins Ökonomische verlängerter Rassismus – uns gehe es »doch noch so gut«. Wer ein friedliches, emanzipatorisches Europa nicht verhindern wolle, der müsse nun einmal zu Hause das Maul halten und die Sparmaßnahmen am eigenen Leib erdulden. Die anderen Leute wollen in der weltweiten Konkurrenz der Standorte halt auch mal in den Genuss der Segnungen einer heiligen Investition gelangen.

In die Bilanz dieser finsteren Dekaden fällt nicht nur der erste deutsche Angriffskrieg seit 1945 mit dem Bombardement der Stadt Belgrad, den ausgerechnet ein bündnisgrüner Außenminister mit der Shoah rechtfertigte. Diese Jahre markiert ebenso die Verwandlung unserer Universitäten in ein gebührenpflichtiges Collegesystem, das die Freiheit von Forschung und Lehre unter Drittmittelzwang stellte. Und somit unter die Kodirektive der Kapitalisten und ihrer Erben.

Mit der Pisa-Studie wurde eine volkstümliche Hetze gegen Studenten, Schüler, Lehrer und Professorinnen in Marsch gesetzt. Wo das Wissen der Welt versammelt und weitergegeben werden sollte, wurde nun alles nach der Tauglichkeit für »den Arbeitsmarkt« gewendet.

ALLE SOZIALEN DÄMME SIND GEBROCHEN

Die heutige Burnout-Gesellschaft ist demgemäß kein unerwünschter Nebeneffekt. Wer im ständig gefährdeten »Job« ausbrennt, hat ein Problem mit sich und soll erst mal wieder klarkommen, selbstverständlich ohne die Abläufe im »optimierten« Betrieb zu stören – die Offenbarung des »Jobwunders«.

Mit dem Wegfall einer der beiden alternativen Rechtsordnungen – hier der Privatkapitalismus im Eigentum einiger deutscher Familien vornehmlich aus der sogenannten Gründerzeit, dort der Staatskapitalismus der Sowjetunion, in dem zumindest der Denkungsart nach die Wirtschaft den Menschen gehörte – sind alle sozialen Dämme gebrochen. Erst langsam, fast zaghaft. Dann immer schneller und nun manisch krisenbehaftet. Wer um das Jahr 1980 geboren wurde, hat nie etwas anderes erlebt als



Der linksliberale Aktivist Jeff Dowd im Jahr 2009, der das Vorbild für den bekannten Film »The Big Lebowski« von Ethan und Joel Coen mit Jeff Bridges in der Hauptr (USA 1998) abgegeben hatte. Foto: CC/Brian Solis

TION

öglich

ut,

nz

diesen zähen neoliberalen Verfallsprozess. Das Mehr an ökonomischer Demokratie, das europäische Sozialdemokratinnen in mühevoller Kleinarbeit im Fahrwasser der Sowjetunion wagen konnten, wurde binnen zweier Jahrzehnte einfach einkassiert. In der linksliberalen Wohlfühlzone herrscht indes Ratlosigkeit. Will man weiterhin den Reparaturbetrieb des Kapitalismus gegen die aufkeimende Rechte spielen? Oder orientiert man sich an Substanziellerem?

Aber links ist ja gar nichts – alle Strukturen, die einen Angriff auf die bestehenden Machtverhältnisse bereitstellen könnten, wurden postmodern weggekuschelt: »Keine Gewalt! Kein Eurozentrismus! Kein Materialismus!« Man faselte von »Transformation« und »*Share Economy*«. Mit dem liebenswerten Traum, das bunte Leben schon mal vorzumachen, die Mächtigen würden dann später aufgeben, wurde dem galoppierenden Neoliberalismus kampflos das Feld überlassen. Der weiterhin lieber den Teufel tut, als freiwillig aufzugeben.

»DIE LEUTE WÄHLEN HALT PLEMPLEM«

Die Selbstverleugnung der Intelligenz zeigt sich nicht minder beim sogenannten Klimawandel. Die menschengemachte Zerstörung der Lebensgrundlage auf dem Planeten wurde so lange als Weltuntergangsfantasie abgetan, bis dieser Prozess unumkehrbar wurde. Die Hybris der Unterlassung ernsthafter Anerkennung gesicherter Erkenntnis [das stellte der Autor beim Kaptalismustrubunal durchaus ergebnisoffen zur Disposition und würde er heute nicht mehr so uneingeschränkt ausführen; Anm. ale] durch politisches und gesellschaftliches Handeln hatte man bis vor Kurzem immerhin auf einen Mehrheitswillen zurückgeführt.

»Die Leute wählen halt plemplem, wenn du daran etwas ändern willst, gliedere dich in eine der drei bis sechs Parteien ein und versuche, die Mehrheit für deinen Kram an die Urne zu bringen!« Mit der erzwungenen »Einigung« der gewählten griechischen Regierung auf die Austeritätsideologie der Troika vom 15. Juli 2015 hat der europäische Kapitalismus nun die Demokratie beseitigt. Mehrheitsentscheidungen gelten nichts mehr. Willkommen in der Oligarchie. Die Herrschaft der wenigen über die vielen ist damit zweifelsfrei manifestiert.

Während sich die Intelligenz Europas weitgehend in biedermeierlichen Rückzugsgefechten verliert – selbstverständlich moralisch integer und keinesfalls mitschuldig –, hat uns die neoliberale Realpolitik den Boden unter den Füßen weggezogen.

WARUM WEITER MITMACHEN?

Dazu passt, dass wir unter Einsatz unseres Arbeitslebens Schulden abzahlen sollen, die wir nicht gemacht haben, die Folgen von militärischen Operationen tragen, denen wir nicht zugestimmt haben, und die Kids auf die ökologische Katastrophe vorbereiten dürfen [s.o., klingt hier an; Anm. ale]. Wir arbeiten zu halbierten Konditionen und sollen nach Ablauf der abhängigen Beschäftigung supertolle »Chancen nutzen«. Der Statthalter des Eigentümers mag Bewerberinnen, die gut riechen und »manchmal zu ehrgeizig« sind.

Welchen Anlass sollten wir noch haben, bei dem fortgesetzten Schlamassel mitzumachen? Gegenüber der jahrzehntelangen Diskrepanz zwischen Erfolgsmeldungen (»Exportweltmeister!«) und dem sichtbaren Pauperisieren der jüngeren Menschen in Europa scheint ein Ende mit Schrecken besser als ein Schrecken ohne Ende. Im griechischen Drama führt anhaltende Aporie (das heißt Alternativlosigkeit) zwangsläufig in die Stasis (Bürgerkrieg).

Wenn der postmoderne Nebel sich verzieht, werden die Dinge wieder sichtbar. Eine abrupte und tiefgreifende Umstellung der Eigentums-, Produktions- und Investitionsordnung durch unmittelbar demokratische Maßnahmen hat nicht nur in Griechenland völlig zu Recht Konjunktur. Wischen Sie sich die Tränen von der Wange und gewöhnen Sie sich an den Gedanken, eine neue, geschmackvollere, gerechtere Grundlagensystematik *bottom-up* und so friedlich wie möglich durchzusetzen. Das heißt dann Revolution.

Dieser Essay erschien am 2. August 2015 in der Tageszeitung Taz. Der Text rutschte im Ressort nur in einer Sonntagsschicht unbemerkt durch. Er war einer der meistgeklickten Artikel und löste große Diskussionen aus, weil er vom »grün-schwarz-gelbroten« Mainstream der »marktkonformen Demokratie« abwich und damit auch von der US-EU-Nato-Hegemonie der »Alternativlosigkeit«.

Mit der Autorengruppe »Haus Bartleby« ging der Autor in der Folge das ergebnisoffene »Das Kapitalismustribunal« an zur Aushandlung eines seriösen »New Deals« von unten. Daran nahmen unter vielen anderen Wirtschaftsprofessorin Saskia Sassen, der frühere Richter am Bundesgerichtshof Dr. Wolfgang Nešković und der Rechtsprofessor Alon Harel teil. Die erfolgreiche Unternehmung wurde vom umstrittenen US- und Nato-Lobbyisten Ralf Fücks (Bündnisgrüne) 2017 in vollem Lauf gestoppt und teilweise zerstört. Heute wissen wir warum.

olle


Der Schauspieler Enzo Cerusico als Paparazzo im Film »La dolce vita« von Federico Fellini (Italien, 1960). Foto: CC/Pakdooik

Zeit-Paparazzo wird nervös

Der Propagandist Dominik L. hielt sich im Sommer 2022 stundenlang auf dem Lande bei einem Fest am Gartenzaun auf und setzte seine absurde Teleskopkamera ein, um die Gäste zu drangsalieren.

Wenig später folgte eine Interviewanfrage für die Wochenzeitung *Die Zeit* von L., freundlich beantwortet, aber nie korrekt veröffentlicht. Das übernahm #DW106 vom 1. Oktober 2022. DW enttarnte zudem den Paparazzo L. mit dessen Lichtbild und Namen (ebenfalls #DW106). L. reagierte nun nervös und will weitere Veröffentlichungen seines Namens und seines Fotos verhindern, obwohl er selbst ein »Öffentlichkeitsmacher« und Person des öffentlichen Lebens ist – die sogar Interviewanfragen versendet.

Ob Dominik L. Druck von seinen umstrittenen Auftraggebern gemacht wurde? Am 14. Oktober traf nun ein anwaltliches Schreiben in unserem Verlagshaus ein, dessen »Veröffentlichung verboten« sei, wie L.s Rechtsvertreter sogleich ausführte. Das ist natürlich Unsinn: Der von L. Beauftragte Anwalt (Lö.) hat Angst vor Leserbriefen. Da aber aus unserer Replik der Sachverhalt ausreichend deutlich wird, beschränken wir uns auf deren Abdruck.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Lö., Ihre Nachricht mit im Betreff bezeichneter Ziffernfolge haben Sie am 5. Oktober 2022 abgeschickt. Eingegangen ist diese bei uns im Hause am 14. Oktober 2022.

Ich stelle zu Ihrer Einlassung (anliegend) in folgenden Punkten fest: Bei der auf dem Foto dargestellten Person handelt es sich um den Journalisten, der sich Dominik L. nennt oder tatsächlich bürgerlich so heißt, und der für den Konzern *Zeit* und *Zeit-Online* tätig ist. Ihr Mandant zeigt sich auch in anderen Angelegenheiten mit Lichtbild in der Öffentlichkeit und unter diesem Namen, unter anderem als Journalist, Kommentator und politischer Aktivist. Herr L. hielt sich zur Tatzeit stundenlang mit einer Teleskopkamera am Ort unweit Berlins auf, dort am Zaun zum recht abgelegenen Grundstück, am Eingangsbereich sowie am Gartenzaun. Ich hielt mich dort im Zusammenhang mit Familienangelegenheiten auf und nahm eine Einladung wahr. Ihr Mandant ist als politisch stark tendentiös eingestellter und stark auf seine Person zugeschnitten publizierender Journalist seit Längerem tätig und einschlägig bekannt. Grundgesetzlich orientierte Aufklärungsjournalisten beobachten die Tätigkeit D.L.s seit Längerem. Ihr Mandant ist seinerseits eine Person des öffentlichen Lebens. Es besteht ein sehr starkes öffentliches Interesse und unter Umständen auch ein rechtliches Ermittlungsinteresse an der Identität und Vorgehensweise der Paparazzi der Konzern- und Staatsjournalisten (m/w/d), das auch presserechtlich in jeder Hinsicht und nach allen Rechtskodizes und ethischen Pressestandards i.d.A. gedeckt ist. Ihr Mandant befand sich nicht in einer privaten Situation oder beispielsweise beim Fotografieren von Enten auf dem nahegelegenen Ententeich, sondern sprang mit seinem mondkraterанalysetauglichen Teleobjektiv auf mich und meine Begleitung zu. Wie Sie selber darlegen, handelte es sich dabei (auch) um eine halböffentliche/öffentliche Veranstaltung, an der Ihr Mandant offenbar teilnahm oder sich dort teilnehmend einmischte. Ihr Mandant sprach mich und andere Gäste des Familienfestes offensiv mit Namen an und trat im Rudel auf, beziehungsweise schuf seinerseits am Ort eine öffentliche Situation, wurde auch von anderen anwesenden FotografInnen fotografiert. Diese Fotos sind ebenfalls veröffentlicht worden. Ihr Mandant fotografierte mich ohne mein Einverständnis, das ich ihm und anderen anwesenden Paparazzi deutlich entzog. Diese Fotos sind dennoch verkauft und veröffentlicht worden, was meinerseits zur Tätigkeit einer Anwaltskanzlei gegen ihren Mandanten führte und zunächst vorbereitend stattfindet. Mich fragte Ihr Mandant beispielsweise in inkriminierender Absicht nach meinem Verhältnis zu meinem Autoren (...), der unter anderem in meinem Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Verlag publiziert. Ihr Mandant rief mir am Gartenzaun zum Familienfest justitiable Begriffe zu, die ich hier (noch) nicht wiedergeben möchte, die aber vielfach bezeugt und teilweise dokumentiert sind. Er versuchte wohl auch, handgreiflich zu werden (auch auf dem betreffenden Foto zu sehen), was aber nicht wirklich gelang oder seitens Ihres Mandanten abgebrochen wurde. Auch daran besteht in jeder Hinsicht Aufklärungsinteresse. Herr L. schrieb mir später eine E-Mail, die ich eingehend beantwortete und dies veröffentlichte, weil daran ein öffentliches Informationsinteresse besteht, insbesondere, was meine Einlassungen betrifft, die Herr L. in seinen propagandistischen Berichten als Konzernjournalist teils wahrheitswidrig auslässt, um das sogenannte »Narrativ«, man könnte es auch »Narretei« nennen, seiner Auftraggeber umzusetzen. Dieses »Narrativ« hat furchtbarste und massenhaft tödliche Konsequenzen gezeitigt. Daran besteht ein umfassendes, dringendes und in jeder Hinsicht rechtlich und presserechtlich gerechtfertigtes Aufklärungsinteresse. In der Kriminalistik würde man das wohl »Gefahr im Verzug« nennen. Ich weise strikt zurück, verfassungsfeindliche Absichten zu hegen, im Gegenteil setze ich mich als führender Aufklärer und einer der erfolgreichsten (meistgelesenen/einflussreichsten) linksliberalen Journalisten der Gegenwart im Sinne des Menschenrechtes, des Nürnberger Kodexes und des Grundgesetzes für Grundrechte und das humanistische Menschenbild ein. Eine Einstufung als »vom Verfassungsschutz beobachtet«, die Sie hier anführen, ist keine rechtliche oder journalistisch haltbare Kategorie, sondern ein pejorativ rahmender Begriff parteipolitisch agierender Pressestellen von Teilen des Staatsapparates. »Verfassungsschutz« ist der Deckname des Inlandsgeheimdienstes in der BRD und hat, wie heute jedes Kind weiß, nichts mit dem Schutz des Grundgesetzes, unserer Verfassung, in deren Wortlaut und Sinn zutun. Eine verbindliche Kategorie (»wird beobachtet« o. ä.) für die unabhängige Justiz stellte dies ohnehin nie dar. Ich halte das auflagenstarke Magazin *Compact* nicht für verfassungsfeindlich, sondern für ein kritisches Pop-Magazin der Gegenwart, wie es früher die bekannten Periodika *Tempo, Konkret, Stern* oder *Der Spiegel* waren. Es gibt inhaltlich zudem etwas fürs Herz und viel zu lachen. Die Corona-Aufklärung war und ist in den Heften (weitgehend/überwiegend) redlich, richtig und wichtig. Wenn es Ihnen wichtig ist: Ich bin mit fast allen anwesenden Personen des Sommerfestes nicht verwandt oder verschwägert und auch nicht in einer Partei (der AfD, gegen die es ja offenbar geht) organisiert. Mir geht es um meine Zeitung und die Verteidigung der Grundrechte, des Menschenrechtes und so weiter (siehe oben). Wie ich Ihrem Mandanten darlegte, habe ich in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren rund 450 Einladungen wahrgenommen. In diesem Fall war ich dort auch im Zuge einer Familieneinladung auf diesem Gelände gebunden, die dort stattfand. Ich möchte Ihnen und Ihrem Mandanten dazu keine weiteren Auskünfte geben, denn das ist privat und die Privatsphäre, vor allem die familiäre Sphäre, achten Sie bitte. Ich tu dies immer. Ihr Mandant war indes keinesfalls in privater Angelegenheit stundenlang am Gartenzaun und ist – wie dargelegt und wie zu beweisen war – eine Person des öffentlichen Interesses. Gerade wenn er tätig wird, wie sie es ja auch noch in Ihrem Schreiben offen ausführen! Hiermit kann ich Ihnen aber fest zusagen, dass nach den bereits bis dato erfolgten Veröffentlichungen bis 5. Oktober (Ihr Absendedatum) und auch aktuell keinerlei Interesse meinerseits und verlagsseitig an einer neuerlichen Veröffentlichung des Lichtbildes des bekannten Paparazzo und der Person des öffentlichen Lebens, Ihrem Mandanten Herrn L. (*Zeit / Zeit-Online*), besteht und dies auch nicht stattfindet. Ich werde auch nicht am Zaun zum *Zeit*-Sommerfest oder bei der Familienfeier Ihres Mandanten mit einem mondkratertauglichen Teleobjektiv anzutreffen sein! Sondern gar nicht. Ich habe keine Zeit. Bleiben Sie gesund! Freundlich achtungsvoll mit demokratischem Gruß, Anselm Lenz / Journalist, Verleger

---

Wenn Sie Verlag und Redaktion bei Rechtskosten und weiteren Ermittlungsarbeiten helfen wollen und können, haben Sie dazu die Möglichkeit per Überweisung: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus. IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC: QNTODEB2XXX. Verwendungszweck: Crowdfunding.

Das Matriarchat stürzen!

Von Paul Klemm

Wer schaffen will, muss unter Druck stehen. Das getriebene, unruhige Geschlecht ist seit jeher das männliche. Doch die Rolle des Schöpfers ist in Verruf geraten, steht sogar unter dem Verdacht, toxisch zu sein. Liegt es daran, dass wir als Gesellschaft einfach nicht mehr vorwärts kommen?



Ausschnitt des Gemäldes »Der Ritterschlag« (The Accolade, 1901) von Edmund Blair Leighton. Foto: CC/Nevsepic

»Die Welt muss sich drehen und nichts kann so bleiben / Ich renn' durch mein Leben wie eine Lok auf zwei Beinen / Ein Hund kann nicht krähen, ein Fisch kann nicht schreien / Und ich kann nicht stehen bleiben, ich bin ein rollender Stein«, klagt der Berliner Hip-Hopper Peter Fox. Er beschreibt damit einen Zustand der inneren Rastlosigkeit, der die Menschheit, insbesondere ihren männlichen Teil, schon ewig quält. Denn der Treibstoff dieser rasenden Lok heißt Testosteron. Und das ist kein stumpfer Biologismus, sondern eine belegbare Tatsache.

Etliche Pferdezüchter können bezeugen, wie sich feurige Hengste nach ihrer Kastration in sanfte Wallachen verwandelt haben. Blickt man in die Historie, waren es immer wieder Männer, die nach vorn preschten, im Guten wie im Schlechten: Kriege, Revolutionen, Kolonisierung, aber auch Erfindungen, Gemälde, Kompositionen. Die Energie im Schlachtgetümmel scheint dieselbe zu sein, die sich in den Sprachorgien eines Goethe oder in den Klangexplosionen eines Beethovens Bahn gebrochen hat. Ohne das Weibliche als Ausgleich und Gegenpart hätte sie zweifelsohne zum Ende der Welt geführt.

Das alles sind heute keine populären Beobachtungen mehr. Die Welt des *Great Reset*, eingerichtet nach Profit- und Nützlichkeitskalkül, kann mit der gärenden und keimenden Unruhe männlicher Existenz nichts anfangen. Zwar bedroht die neue Ordnung beide Geschlechter gleichermaßen, doch in ihrer Rolle als ständig präsenter, sanft unterdrückender Nanny-Staat kann man sie fast schon als toxisch weiblich bezeichnen. Egal ob Helm- oder Gurtpflicht, Raucherzonen, Maskenzwang oder Abstandsregeln – die Gesetz gewordene Helikoptermama lässt nicht locker, ihre Bürger auf Schritt und Tritt zu begleiten, sie zu umsorgen und ihr Dasein behutsam in sichere, keimfreie Formen hineinzudrücken.

Das erinnert an den matriarchal geführten Bienenstock, in dem die Ratio regiert, jedes Insekt einen klar zugewiesenen Platz hat und Männchen entmachtet und zu reinen Samenlieferanten degradiert sind. Alles ist abgeschirmt, alles ruhig und funktionstüchtig – beinahe wie im Babybauch. Als der Protagonist Neo im Film Matrix die virtuelle Scheinwelt verlässt, findet er sich nicht umsonst in einer Art Bienenwabe wieder, aus der er schlüpfen muss. Er hätte es dort weiter gut und warm haben können, doch das Ideal der Freiheit war ihm wichtiger. Auch heute muss gelten: Raus aus dem Brutkasten! Das Ende der Geschichte ist noch nicht gekommen. Der nach Leben Hungernde isst den Mutterkuchen zum Frühstück!

Paul Klemm ist junger, gutaussehender Journalist in Berlin und unter anderem Kommentator für *Compact-TV*.

FORTSCHRITT ODER NIEDERGANG?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Es gibt eine Geschichtsphilosophie, die den Fortschritt als die treibende Kraft der Geschichte sieht. Sie hat das Bild des »finsteren Mittelalters«, der »Renaissance«, der »Moderne« und der »Aufklärung« gemalt.

In diesem Bild keimte die Vernunft in einer abergläubischen Zeit. Licht drang in eine dunkle Zeit, die »Werte des Westens« entwickelten sich in dem Maße, in dem das Christentum, die Bibel und die Kirche zurückgedrängt wurden.

Die Verkünder des »*Great Reset*« wollen ihre Ziele in dieses Bild einfügen. Eine gerechtere und bessere Welt versprechen sie. Auch der Mensch soll darin besser werden. Nicht etwa, indem er in sich geht und sich bessert, sondern indem er genetisch und durch Maschinen verbessert wird und indem der Staat in Zusammenarbeit mit einigen Konzernen uns beherrscht und unser Geld wegnimmt.

Stimmt das genannte Bild? Gewiß gibt es technischen Fortschritt. Doch wird der Mensch besser? Werden die Verhältnisse besser? Historisch ist das genannte Bild schon deshalb nicht haltbar, weil das Mittelalter nicht finster und die »Errungenschaften« der »Moderne« und der »Aufklärung« nicht durch diejenigen entstanden sind, die das Christentum zurückdrängten.

Das Christentum hält die Menschen zwar dazu an, sich und die Welt zu verbessern, aber es sieht nicht den Fortschritt als die treibende Kraft der Geschichte an. Sondern wie gut oder wie schlecht die Lage wird, hängt davon ab, inwieweit sich die Menschen Gott zuwenden – und oft wenden sie sich gegen Gott. Die Gegenwart bezeichnet das Neue Testament als »verdrehtes und verkehrtes Geschlecht« (Philipper 2,15).

Da heißt es, die Christen hätten »mit den Fürsten und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis dieser Welt herrschen« (Epheser 6,12) zu kämpfen. Für die Zukunft warnt das Neue Testament vor Diktatur und Krieg. Ist das nicht eine realistische Einschätzung? Sie ist der Hintergrund für die Botschaft des Christentums: »Laßt euch retten von diesem verkehrten Geschlecht!« (Apostelgeschichte 2,40)

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein, *von-wachter.de*.

FREEDOM PARADE BEI FILMFESTIVAL



DW/Los Angeles. Die Berliner Freedom Parade (Freiheitsparade) gegen das Corona-Regime und die Nato-Kriegstreiberei gab diese Woche per Pressemitteilung bekannt: Der provokant-lustige, abendfüllende Dokumentarfilm »Freedom Parade – Tanz um dein Leben!« feierte auf dem *LA Punk Film Festival* in Los Angeles seine US-Premiere. Der Streifen (DW berichtete) lief im Wettbewerb um den besten ausländischen Dokumentarfilm. Das Festival zeigte zahlreiche US- und internationale Produktionen, darunter auch »That Sucks«, an dem Hollywood-Legende Weird Al Yankovic mitwirkte.

»Freedom Parade - Tanz um dein Leben«, der professionell produzierte Film über die Punks des Corona-Widerstands entstand in Berlin in der Regie von Michael Bründel alias Captain Future ohne jede kommerzielle Filmförderung. Zahlreiche deutsche und internationale Unterstützer halfen bei der Realisierung. Bei Schnitt und Struktur beriet der mehr als 30-fach international preisgekrönte deutsche Filmregisseur Alexander Tuschinski. Kamera führte unter anderem der Aktivist und DW-Journalist Steve Schramm. »Freedom Parade – Tanz um dein Leben!« hat eine Laufzeit von 119 Minuten und ist sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch auf zahlreichen Plattformen kostenlos online verfügbar.

Die Weltpremiere hatte am 1. Oktober 2022 in Berlin vor 200 geladenen Gästen stattgefunden. Die US-Premiere auf dem *LA Punk Film Festival* war am 10. Oktober 2022. Für den Film siehe *Freedomparade.de*. (ale mit PM-Material)

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodok.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net multipolar-magazin.de | aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:




DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
CORONA
NICHTOHNEUNS.DE

ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 100 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 90 vom 14. Mai 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

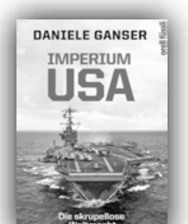
DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Michel Houellebecq, Ökonom

Bernard Maris
DuMont
978-3-8321-9804-6



Imperium USA

Daniele Ganser

Orell Füssli
978-3-280-05708-7



Radfernwege Deutschland

Bikeline

Esterbauer
978-3-85000-462-6



Das Corona-ABC.
Von Alarmismus bis Zensur.

Sven-Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745-5-3



Krieg nach innen, Krieg nach außen – und die intellektuellen »Stützen der Gesellschaft«?
Klaus-Jürgen Bruder et. al. (Hgg.)
Westend
978-3-86489-290-5



Die Kehre.
Zeitschrift für Naturschutz.

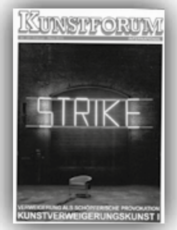
Oikos Verlag

SW10045



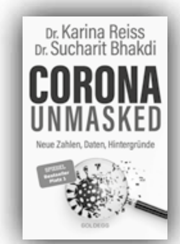
Evolution, Eugenik und Transhumanismus.
Ein Sachbuch.

Eric Markhoff
Tredition
978-3-347-30441-3



Kunstverweigerungskunst
Kunstforum international Bd. 231

Dieter Bechtloff
TZ-Verlag
kunstforum.de



Corona Unmasked

Karins Reiss, Sucharit Bhakdi

Goldegg
978-3-99060-231-7



Höchste Armut.
Ordensregeln und Lebensform.
(Homo Sacer IV, 1)

Giorgio Agamben
S. Fischer
978-3-596-37065-8



Medienwache vor dem RBB-Propagandagebäude in Potsdam im Herbst 2022.

Es geht nur gemeinsam!

KOMMENTAR von Jimmy Gerum, *LeuchtturmARD.de*

Der öffentliche Rundfunk vernachlässigt eklatant seine Pflicht zu politischer Unabhängigkeit und bürgernaher ausgewogener Berichterstattung. Hier geht es nicht um Geschmacksfragen. Hier geht es um politische Beeinflussung und ideologische Manipulation.

Unsere Zivilisation steht jetzt irgendwann vor dem Scheideweg, ob wir mit dieser Heuchelei und Kriegstreiberei so weitermachen wollen, oder ob wir als Gesellschaft grundsätzlich den Mut zur historischen Selbstreflexion finden. Denn der Verfall von Demokratie und Pressefreiheit ist ein jahrzehntealter schleichender Prozess. Seit drei Jahren wehren sich aufrechte Demokraten auf den Straßen und im Internet, weil sich die Erosion der demokratischen Werte immer mehr beschleunigt. Aber diese engagierten Proteste werden nicht positiv wahrgenommen. Denn die mediale Diffamierung kennt eine ganze Klaviatur von zersetzender Rhetorik, die jedes strahlende Licht in Dunkelheit verwandeln kann. Wenn wir es also satt haben, staatsfeindliche Berufsdemonstranten zu sein, und gleichzeitig Werte wie inneren Frieden und kühle Vernunft hochhalten wollen, bleibt uns nur eine Möglichkeit: Mit vereinten Kräften den gesamten Berufsstand der Journalisten an ihren Ethos der Unabhängigkeit erinnern und eine historische Selbstkritik einfordern.

Der friedliche Medien-Mahn-Marathon ist vergleichbar mit einem gesattelten Pferd, das seit 15 Wochen bereitsteht und nur von der gesamten freiheitlich-demokratischen Bewegung geritten werden müsste, um endlich Aufrichtigkeit zu erzwingen. Aber bisher stehen nur wenige Menschen vor den Medienhäusern. Wenn wir unsere Rechte wirklich durchsetzen wollen, geht das nur gemeinsam.

Demokalender und Medienmahnwachen finden Sie auf Seite 6 jeder DW-Ausgabe sowie auf NichtOhneUns.de.

SPORT MIT BERTHOLD

FÜR MICHAEL UND EINEN GROSSEN TRAINER

Michael Ballweg hat viel Erfahrung mit mentaler Selbstkonstitution. Daher bin ich mir sicher, dass er psychisch stark ist und diese schwere Zeit in Einzelhaft unbeschadet übersteht. Viele Menschen denken an ihn und auch ich möchte einmal die Gelegenheit nutzen, ihm ein Paar Zeilen zu schreiben:

»Lieber Michael, die Zeit im Gefängnis geht bald zu Ende. Du wirst gestärkt zurückkommen und hast dann endlich Zeit, Deine Pläne zu verwirklichen. Du hast viele Menschen bewegt, selbständig und in Eigenverantwortung ihr Leben in die Hand zu nehmen. Du bist ein Pionier und Deine hinterlassenen Fußspuren sind groß. Wir freuen uns schon auf den Tag unseres Wiedersehens! Herzliche Grüße, Thomas mit Britta.«

Zurück zum Sport: Ein starkes Team arbeitet auf dem Platz auch eine Zeit lang autonom. Trotzdem gibt es immer jemanden, der Konzept – Geist und Bahnung – setzt und stärker ist als Phasen des Frustes oder einzelne Quälgeister. Der Trainer, der den größten Eindruck bei mir hinterlassen hat, ist Branco Zebec. Jeder Tag war unberechenbar und voller Überraschungen. Vielleicht mit Ernst Happel ist er der beste ausländische Trainer, den die Bundesliga je hatte. Ein Taktikgenie, studierter Mathematiker. Zebec war der Erste, der die Raumdeckung eingeführt hat. Es gibt viele Geschichten und Mythen um diesen großen Trainer, auch Franz Beckenbauer bezeichnet ihn als seinen besten.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE GROSSEN HÖREN AUF ZU
WENN DIE KLEINEN
AUFHÖREN ZU KRIECHEN.
FRIEDRICH SCH

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 109. Ausgabe ab Samstag, 22. Oktober 2022. | Redaktionsschluss war am 20. Oktober | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Wolfgang Greulich, Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P**. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 110 erscheint am 29. Oktober 2022.